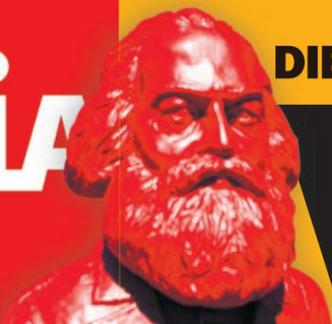


UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Das Kapital: Ein Bestseller wird 150 – Karl Marx hat eben doch recht! Seite 11



Es gibt Alternativen zum lebensfeindlichen Brutalo-Kapitalismus.

Links läuft!

Mélenchon zeigt's in Frankreich. Seite 3

Alles Populismus oder was? Seite 2

VORWÄRTS: Rund um den linken französischen Präsidentschaftskandidaten Jean-Luc Mélenchon formiert sich eine Massenbewegung.

Die Schweizer Oligarchen

Die Schweiz wird immer ungleicher: Superreiche Clans kassieren ab, alle anderen zahlen drauf. Das grosse Dossier. Seiten 8-9



Es trumpft im Bundesrat

Die Schweiz macht schon die Asylpolitik, von der Trump erst twittert. Seite 7

Kämpfen lohnt sich

Zum 1. Mai: Drei arbeitskämpferische Erfolgsgeschichten. Seiten 5 und 6



workedito
Marie-Josée Kuhn

SCHIMPFWORT DER SAISON

«Ist dieser Mélenchon in Frankreich nicht ein Linkspopulist?» Derart misstrauisch fragte kürzlich ein Gewerkschafter nach dem französischen Linkspolitiker, der es in den Präsidentschaftswahlen richtig weit gebracht hat. Mit seinem kapitalismuskritischen, sozialen und ökologischen Programm

Politik ist populistisch.

holten er und seine Bewegung in Marseille stolze 41 Prozent der Stimmen (Seite 3). «Linkspopulist» ist das Schimpfwort der Saison. Es meint Linkspopulist = Demagoge = gefährlich. Es soll linke Politik diffamieren, die dem Volk aufs Maul schaut und die zieht. Wo mit diesem Schlotterlig politisiert wird, ist auch der «Rechtspopulist» in Gebrauch. Beide werden dann gerne gleich(böse)gesetzt. Das ärgert nicht nur den deutschen Kolumnisten und «Freitag»-Verleger Jakob Augstein. Doch ihm kommt das Verdienst zu, kürzlich in einem gescheiterten Interview im «Tages-Anzeiger» einige Pflöcke zu diesem Geschwätz vom Populismus eingeschlagen zu haben.

GUT VEREINFACHT. Augstein sagt: «Jede Politik, die keine Eliten- oder Expertenpolitik ist, muss populistisch sein – das heisst, sich ans Volk wenden.» Deshalb sei Populismus auch nicht schlecht, nur schlechter Populismus sei schlecht. Wenn einer zum Beispiel ein Dauerlügner sei wie Donald Trump. Nicht aber, weil einer oder eine mit Emotionen politisiere: «Politik ist ein emotionales Geschäft.» Oder mit Vereinfachungen: «Gut vereinfachen können Sie nur, wenn Sie eine Sache durch und durch verstanden haben.» Das müssten endlich auch die Linken kapiieren, schliesst Augstein: Nur ein erfolgreicher linker Populismus könne den Vormarsch der Rechtsnationalisten stoppen.

EINE ALTERNATIVE. Die «Mélenchonianer» in Frankreich haben die Neofaschistin Marine Le Pen nicht stoppen können. Genauso wenig gelang es dem linken Bernie Sanders und seinen Leuten in den USA, den Durchmarsch von Trump zu verhindern. Dennoch: Während die Sozialisten in Frankreich jetzt tot am Boden liegen, hat Mélenchon gezeigt, dass es eine Alternative zum Brutalkapitalismus gibt. Nach dreissig Jahren neoliberaler Gehirnwäsche hat es der studierte Philosoph geschafft, im Namen der Schwachen Politik gegen die Raffgier der Starken zu machen. Es ist eine erfolgreiche, linkspopulistische Politik. Und unterscheidet sich damit grundlegend von den Rechtspopulisten. Denn die machen im Interesse der Starken eine Politik gegen die Schwachen.

An der Berufsschule Interlaken ist Ausgewogenheit ein Fremdwort Berufsschullehrer machen Stimmung gegen die Unia

Lehrer der Berufsschule in Interlaken BE schüchtern Schülerinnen und Schüler ein, damit sie nicht der Unia beitreten.

CHRISTIAN EGG

Kurz vor der Pause wird Lehrer Fredi Marti* deutlich. Die Unia sei wieder mit einem Stand vor der Schule am Werben, warnt er seine Kochklasse. Einer der damals anwesenden Stiftinnen und Stifte, Dominik Käser*, erinnert sich: «Er sagte uns, wir sollten ja nicht bei der Unia Mitglied werden. Das bringe nichts und koste nach der Lehre riesige Mitgliederbeiträge.»

Auch der handzahme Berufsverband Hotel & Gastro Union (HGU) wirbt Mitglieder in der Berufsschule Interlaken. Doch er wird bevorzugt behandelt. Lehrling Käser sagt: «Die Vertreter der HGU durften während einer ganzen Lektion zur Klasse sprechen.» Diese Ungleichbehandlung ist nicht nur stossend, sie verstösst auch gegen die Weisung des Kantons. Das Bernische Amt für Berufsbildung hält fest: Beim Einbezug von Verbänden oder Gewerkschaften in den Unterricht «ist auf Ausgewogenheit zu achten».

LEHRER LOCKEN MIT GELD

Kim Scorti ist einer der Unia-Sekretäre, die die Lernenden jeweils vor der Berufsschule Interlaken informieren. Auch er würde dies gern im Rahmen einer Lektion tun. Er sagt: «Aber die Schule erlaubt uns das nicht.» Für Scorti ist klar: Das geht gar nicht. «Wie bei religiösen Fragen muss eine Lehrkraft auch in Gewerkschaftsfragen neutral sein», sagt der Unia-Mann. Die Lehrer in Interlaken würden ihre Machtposition missbrauchen, um die Stiftinnen und Stifte zugunsten der Hotel & Gastro Union zu beeinflussen.

Sogar mit Geld als Lockangebot. Dominik Käser erzählt: «Am Schluss der Vorstellungsrunde über die HGU sagte uns einer der Lehrer, er sei selber Mitglied dort und bekomme eine Prämie von

*Name geändert.



SEIN NAME IST HASE: SVP-Politiker und Co-Rektor Urs Burri (rechts) will von den Problemen nichts gewusst haben. Obwohl sich die Unia bei der Schulleitung beschwerte. FOTOS: ZVG



hundert Franken, wenn er ein neues Mitglied werbe. Den Betrag würde er jenen Lehrlingen weitergeben, die dem Verband beitreten.» Auch Lehrer Marti ist HGU-Mitglied, wie er gegenüber work bestätigt. Er streitet aber ab, dass

«Der Lehrer warnte uns, wir sollten ja nicht der Unia beitreten.»

DOMINIK KÄSER*, KOCHLEHRLING

er den Lernenden von einer Unia-Mitgliedschaft abrate. Er sage ihnen nur, sie sollten den Entscheid überschlafen. Dann aber bricht es aus Marti heraus: Die Unia gehe «aggressiv» vor. Und der Berufsschullehrer kündigt an, er werde der Schulleitung den Antrag stellen, die Unia nicht mehr ins Haus zu lassen. Gerne hätte work Martis Aussagen direkt zitiert. Doch plötzlich will der doch nichts gesagt haben und verweist an Co-Rektor Urs Burri.

Dieser lässt work wissen, die Vorkommnisse an seiner Schule

seien ihm «nicht bekannt gewesen». Und zweifelt die Aussagen von Lehrling Käser an: «Sie entsprechen wohl nicht der Wirklichkeit.» Doch work weiss: Die Schulleitung wusste schon länger von solchen Vorfällen.

Unia-Mann Bashkim Rexhepi informierte bereits letztes Jahr Co-Rektor Markus Schlegel darüber, dass Lehrer Stimmung gegen die Unia machten und Schülern für eine Mitgliedschaft bei der Hotel & Gastro Union hundert Franken versprechen würden. Rexhepi: «Schlegel sagte uns, dass er das zwar wisse, aber nichts tun könne.» Weiss an der Berufsschule Interlaken der eine Co-Leiter vielleicht nicht, was der andere weiss? Alles scheint möglich. Aber eines ist sicher: So unwissend, wie Co-Rektor Burri, seines Zeichens aktiver SVP-Mann, sich gibt, kann er seit mindestens drei Jahren nicht mehr sein.

INGESCHÜCHTERTE STIFTE

Damals machte Lehrer Hans Obrist* Stimmung gegen die Unia. Wie Marti unterrichtet auch Ob-

rist angehende Köche in Interlaken. Und Obrist ist ebenfalls Mitglied der Hotel & Gastro Union. Vier seiner Schüler wollten damals der Unia beitreten. Sie füllten am Stand ihre Anmeldung aus. Eine Stunde später erschien Lehrer Obrist mit den Schülern im Schlepptau und verlangte von den Unia-Werbern, dass sie die Anmeldungen wieder aushändigen sollten, was diese auch taten. Unia-Mann Scorti sagt: «Obrist stand

Die Ungleichbehandlung verstösst gegen die Weisung des Kantons.

dominant vor den Lehrlingen, und diese waren sichtlich eingeschüchtert. Es war klar, dass er sie unter Druck gesetzt hatte.»

Die Unia beschwerte sich damals bei der Schulleitung. Und Co-Rektor Burri reagierte höchstpersönlich. In einem Mail versprach er der Unia, mit Hans Obrist zu sprechen.

Genützt hat's offensichtlich nicht viel.

Endo Anaconda workSMS

Alle bisherige Geschichte ist die Geschichte von Klassenkämpfen, so steht es im «Kommunistischen Manifest». Das hat sich in der Zeit nach Karl Marx und Friedrich Engels nicht geändert. Diese Welt ist immer noch eine ungerechte Klassengesellschaft, die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer grösser. Viele sind sich nicht bewusst, dass wir unsere sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung zu verdanken haben. Geschenk wurde uns noch nie etwas. Die neoliberalen Finanzhektiker und Kriegstreiber agieren global, wir müssen es ihnen gleichtun. Wir haben immer noch eine Welt zu gewinnen. Heraus zum 1. Mai! Endo

Ihr SMS an Endo: 077 437 56 82

Ehre für die Power-Frauen

USA. Sie war die Geburtsstunde der Pussyhat-Bewegung und die Initialzündung für Frauenproteste weltweit: Die «Women's March»-Demo in den USA am Tag nach der Vereidigung von US-Präsident Donald Trump. Jetzt ehrt das renommierte US-Magazin «Time» die vier Organisatorinnen der bereits historischen Demo und zählt sie zu den hundert einfl ussreichsten Persönlichkeiten des Jahres.

«Time» lobt den Mut der vier «aussergewöhnlichen» Frauen: «Sie packten etwas Grosses, Wichtiges und Dringendes an und gaben nie auf.» An diesem 21. Januar 2017 gingen in den USA etwa fünf Millionen Menschen auf die Strasse – mehr als jemals zuvor. Mehr als in den 1960er Jahren für Bürgerrechte oder gegen den Vietnamkrieg, mehr als 2003 gegen den Irakkrieg. «Time» ist überzeugt: Die Bewegung hört nicht so schnell wieder auf: «Das ist erst der Anfang.»

Schütteler Behrami hilft Geflüchteten

GROSSBRITANNIEN. Fussballprofi Valon Behrami zeigt sich solidarisch mit Menschen auf der Flucht. Der Schweizer Nationalspieler, der derzeit für den engli-



KÖPFCHEN: Valon Behrami zeigt auch neben dem Platz Einsatz.

schen Verein Watford spielt, äusserte sich in einem Video für Amnesty International. Angesichts der «extremen» Lage in vielen Teilen der Welt appelliert Behrami: «Wir sollten bereit sein zu helfen.» Behrami weiss, wovon er spricht: Als 5-jähriger floh er mit seinen Eltern vor dem Krieg in Kosovo in die Schweiz. Jetzt könne er der Schweiz auch etwas zurückgeben: «Ich will hundert Prozent geben für das Land, das mir alles gegeben hat.»

Den fairen Schuh selber designen

ZÜRICH. Modell, Farbe, Material und extravagante Accessoires: Spielend leicht kann man auf www.theshoecreator.ch den eigenen, fair hergestellten Traumschuh entwerfen. Leider nur virtuell, denn laut der Entwicklungsorganisation Public Eye gibt es «sozial und ökologisch saubere Schuhe kaum zu kaufen». Mit der neuen Website will die Organisation auf die miserablen Arbeitsbedingungen in Schuhfabriken weltweit aufmerksam machen.

Gerechtigkeit für «Chalet-Girls»

SITEN. In einem Luxus-Chalet in Crans-Montana mussten fünf Frauen aus Frankreich und Rumänien fast Tag und Nacht arbeiten und reiche Gäste bedienen. Täglich 10 bis 18 Stunden, sieben Tage die Woche. Jetzt hat das Walliser Arbeitsgericht die Firma verurteilt: Sie muss den Angestellten Löhne nachzahlen und wird gebüsst.

Frankreich: Es gibt wieder eine Alternative zum Kapitalismus

Der rote Mélenchon



Die französischen Sozialisten sind tot. Es leben der Linkspolitiker Mélenchon und seine Bewegung. In Marseille haben sie bei den Wahlen glatt 41 Prozent abgeräumt.

OLIVER FAHRNI, MARSEILLE

Der Tag nach der Wahl beginnt mit einem Kaffee. Auf der Terrasse begrüßen mich ein milder Morgen und die Nachbarin beim Sträuchergiesen. «Bonjour», strahlt die ältere Dame: «Haben Sie schon gehört? 41,33!»

Pardon?

«Mélenchon hat hier bei uns im Stadtzentrum mehr als 41 Prozent der Stimmen abgeräumt.» Und im heissen 14. Arrondissement, wo der Front national regiert? «Mélenchon weit vor Le Pen! Jetzt muss er Bürgermeister von Marseille werden!»

«DU MÉLÉNCHONIANER!»

Vier Tage zuvor. «Fiskal Kampf» gespielt, das Videospiel der «Bewegung der Freien» («les insoumis»). Sie wollen den Linken Jean-Luc Mélenchon zum französischen Präsidenten machen. Es geht darum, «Oligarchen» einzufangen, etwa den Chef des Arbeitgeberverbandes, einen Waffenhändler, oder einen der 9 Milliardäre, die 90 Prozent der französischen Medien kontrollieren. Die Geldsäcke stossen Drohungen aus wie: «Du kannst mir gar nichts. Mein Geld ist in der Schweiz.» Hat man einen gepackt, schüttelt man ihn, und sein Geld fällt raus, in einen gemeinsamen Topf aller Spielenden, aus dem zum Beispiel ein höherer gesetzlicher Mindestlohn fi nanziert wird. Im wirklichen Leben liegt er heute bei 1153 Euro (rund 1250 Franken). Mélenchon hat versprochen, ihn massiv zu erhöhen.

«Du Mélenchonianer!» ruft der Mann vom Kiosk breit grinsend. Er vermutet, ich sei Anhänger von Mélenchon. Für ihn als Ex-Fremdenlegionär, sagt er, gebe es nur eine mögliche Wahl: «Marine.» Die Neofaschistin Marine Le Pen. «Bulldog» nennt er sie zärtlich. Oder «die Blonde». Sie liegt in den Umfragen vorne. Le Pen plant den Frexit, den Ausstieg Frankreichs aus der EU, und den Rauswurf der Muslime. Also das Ende Europas und den Bürgerkrieg. 53 Prozent der Polizisten und Militärs wählen Front national. Bedenklich, falls die Spannung weiter eskaliert.

Die Frau des Ex-Legionärs, die den Kiosk führt, hält es hingegen mit Mélenchon. «Keine Ahnung, was sie an diesem Typen findet», sagt er in einem Marseiller Slang, den man sonst nur noch in alten Filmen hört. «Aber soll sie doch machen, was sie will.» Sie lacht nicht.

DIE SOZIS SIND TOT

«Du Mélenchonianer» («espèce de Mélenchoniste») ist hier in Marseille zum Gruss geworden,



KLARE KANTE: Mélenchon (mit Olivenzweig im Mantel) mobilisierte Millionen Menschen (im Bild: Marseille.)

FOTOS: GETTY

seit der Linkspolitiker mit einem gigantischen Meeting am alten Hafen die Stadt aufgemischt hat. Danach wechselten haufenweise Leute von Benoît Hamon, dem Kandidaten der grossen sozialistischen Partei, zu Mélenchon. In wenigen

Das Programm von Mélenchon ist die konkrete linke Alternative.

Wochen haben sich in ganz Frankreich beinahe 450 000 bei den «Freien» eingeschrieben. Hunderttausende gingen an ein Meeting. Auf dem Netz machen sie der Faschosphäre scharfe Konkurrenz. 3500 Unterstützergruppen in den Quartieren und Betrieben haben eine neuartige Struktur aufgebaut: halb Bewegung, halb Partei. Ganz in unserer Zeit und ziemlich wirkungsvoll.

Umso mehr, als die Sozis in Frankreich tot sind. Eine der beiden grossen Parteien, die Frankreich seit vierzig Jahren regiert, zerfällt in rasendem Tempo. In den Zeitungen steht die jüngste Wahlumfrage. Hamon wird kaum über 7,5 Prozent kommen.

Eigentlich ist er ein Mann mit einem soliden sozialdemokratischen Programm. Thomas Piketty, der Ökonom und Ungleichheitsforscher («Das Kapital im 21. Jahrhundert»), hat es für ihn entworfen. Nur sind die Sozis für viele längst unwählbar geworden. Weil die Arbeitslosigkeit bei zehn Prozent liegt. Weil sie mit dem Ausnahmezustand regieren. Weil sie ein Arbeitsgesetz, das die Arbeitenden schwer benachteiligt, ohne Par-

lamentsdiskussion und mit brutalen Polizeieinsätzen durchgesetzt haben. Gegen die Gewerkschaften. Und vor allem, weil sie längst ein neoliberales Programm fahren. Sie haben den Konzernen Dutzende Milliarden Steuern und Abgaben geschenkt – ohne Gegenleistung.

Präsident François Hollande ist bei den Wahlen erst gar nicht mehr angetreten. Jetzt lynchen Hollande und die anderen Parteielefanten ihren Kandidaten Hamon öffentlich. Si setzen auf Emmanuel Macron, den Aufsteiger.

EIN LINKES PROGRAMM

Sarahs Augenentzündung ist akut schlimmer geworden. Die Pollen, vermute ich. Der Stress, sagt ihr Arzt, die Wahlen: «Sie wollen nicht sehen, was da vor Ihren Augen geschieht.» Auf der Place de Stalingrad prügeln sich Besoffene und Obdachlose in wechselnden Fraktionen. Wir sind 4 Tage vor der Präsidentschaftswahl. Die Polizei schaut zu, schaltet zwischendurch die Sirene ihres Wagens ein, was die Schlägereien für ein paar Minuten abflauen lässt. Es ist sehr viel Polizei auf den Strassen und dazu die grimmigen Viererpatrouillen der Armee, das Sturmgewehr durchgeladen. Die Anspannung ist mit Händen zu greifen.

Am frühen Abend Besuch von Paolo. Er ist Chefökonom bei einem Versicherungskonzern. Wir nehmen uns die fünfzehn Stunden Video vor, in denen Mélenchon und seine «Freien» ihr Programm beziffern. Paolo ist ein Mann von bisigem Geist. Am Ende sind wir sprachlos erschöpft: Das ist das beste kapitalismuskritische, ökologische, die Armut bekämpfende und demokratische Programm, das uns je zu Ohren kam. Extrem detailliert und genau gerechnet, dokumentiert und gegengecheckt.

Paolo sagt perplex: «D'accord... Darauf haben wir 40 Jahre lang gewartet. Alle sagten: T.I.N.A. There is no alternative zum Finanzkapitalismus. Doch hier ist sie. Es gibt wieder ein linkes Projekt.»

Was wir erst später erfahren: An diesem Abend hat ein Mann, Karim Cheurfi (39), auf den Champs-Élysées einen Polizisten erschossen. Der IS hat sofort die Verantwortung übernommen.

Dabei aber einen falschen Attentäter genannt. Le Pen und der Kandidat der bürgerlichen Rechten, François Fillon, laufen am Fernsehen Amok. Le Pen verlangt die sofortige Schliessung der Grenzen. Ein Witz: Cheurfi ist Franzose und lebte immer in Frankreich. Fillon lässt seinem Islamhass freien Lauf. Er behauptet live, dass es an mehreren Orten in Paris noch andere Attentate gegeben habe.

Die Polizei aber weiss von nichts. Am nächsten Morgen sprechen ihn Journalisten darauf an. Sie haben recherchiert: Es gab keine weiteren Attentate. Fillon aber imitiert Donald Trump und beharrt auf der Fake-Nachricht.

NEUE ZEITEN

Es ist Sonntag, Wahltag. Der Fernseher ist entstaubt. Ein bunter Haufen richtet sich davor ein. Ein junger Kadernmann der Grünen. Eine Lehrerin, die Hamon wählt. Die polnische Mutter des Grünen, die Mélenchon wählte. Zwei Anhänger Macrons, beide bei der Stadt Marseille im Brot. In der Küche gesteht einer der beiden, dass er in letzter Minute zu Mélenchon gewechselt habe. Um 20 Uhr die Resultate. Macron (24%) und Le Pen (21,3%) sind vorne. Stichwahl ist am 7. Mai. Die Sozis gehen mit 6,4 Prozent unter. Fillon und die Rechte sind weg vom Fenster. Beide grossen Parteien gescheitert. Alexis Corbière, der Sprecher Mélenchons, konstatiert sec: «Eine alte Welt bricht zusammen.» Emmanuel Macron, der neue Favorit, hat nicht einmal eine eigene Partei. Der Banker verdankt seinen Aufstieg dem Finanzkapital und Hollande. Macron hat das neoliberale Programm der Sozialisten geschrieben und als Wirtschaftsminister auch umgesetzt. Und Mélenchon? Er holte 7 Millionen Stimmen. Die grosse Überraschung. Ein Kapitalismuskritiker hätte es fast in die Stichwahl geschafft. 600 000 Stimmen fehlten, bei 48 Millionen Wahlberechtigten. Nochmals Corbière: «Eine neue Kraft ist entstanden. Im Juni wählen wir ein neues Parlament.»

Mélenchon selbst zeigt später Charakter Schwäche. Fürchterlich enttäuscht und pikiert, verpasst er es, seine «Freien» zu feiern. Diese Bewegung ist grösser als er. Könnte sein, dass sie ihm das bald zu verstehen gibt: Wir leben in neuen Zeiten.

Der Rest des Abends dreht sich um eine einzige Frage: Was muss man tun, um Le Pen zu verhindern? Macron gibt sich triumphierend. Gefährlich. Er hat noch nicht Mass genommen an den Nöten der französischen Gesellschaft. Nun erscheint er als das, was er wirklich ist: der Mann des Establishments. Das extreme Kapital gegen die extreme Rechte. Ob das reicht, die braune Katastrophe Le Pen zu verhindern?

work zeigt exklusiv: Island führt TÜV-Prüfung gegen Lohndiskriminierung ein:

«Amtl. geprüft: frauenfreundlich»

Island nimmt seine Firmen in die Pfl icht: Sie müssen künftig nachweisen, dass sie gleiche Löhne für Frauen und Männer bezahlen. Sind sie unwillig, drohen ihnen Bussen.

RALPH HUG, SABINE REBER

Ist es das Parlament? Fast die Hälfte im isländischen «Althing» sind Frauen. Oder war es der vergangene Oktober? Tausende Frauen verliessen in der isländischen Hauptstadt Reykjavik aus Protest um punkt 14.38 Uhr den Arbeitsplatz. Um zu zeigen: Ab dieser Uhrzeit verrichten wir nur unbezahlte Arbeit. Denn auch in Island verdienen Frauen bis zu 18 Prozent weniger als Männer. Der «gender gap» – der Anteil

am Lohnunterschied, der nur mit Diskriminierung erklärt werden kann – beträgt laut Berechnungen 7 Prozent.

Jetzt soll diese Differenz verschwinden. Darauf haben sich Linke und Rechte im Parlament verständigt. Sozialminister Thorsteinn Viglundsson stellte Anfang April einen Gesetzesentwurf vor. Er sagte: «Es ist Zeit für radikale Massnahmen. Wir haben das Know-how und die Mittel, um die Lohnlücke zu beseitigen.» Viglundsson ist mitnichten ein Radikaler. Bevor er letztes Jahr in die Regierung gewählt wurde, amtierte er als Chef eines Unternehmerverbands. Frauendiskriminierende Löhne nennt er eine «hässliche Angewohnheit».

ENDLICH GRIFFIG

work hat exklusiv den «Equal Pay Act», Islands neues Lohngleichheitsgesetz, übersetzen lassen. Bisher lag es nur in der Originalsprache vor. Der Erlass ist ein Zusatz zum bestehenden Gleichstellungsgesetz aus dem Jahr 2008. Schon darin ist festgehalten, dass die Arbeitgeber einen Plan für ein Lohnsystem ohne Diskriminierung vorlegen müssen. Nur: Das hat nicht viel genützt. Zehn Jahre danach werden Frauen immer noch schlechter bezahlt als Männer. Einfach, weil sie Frauen sind.

Künftig müssen Betriebe ab 25 Beschäftig-

ten nachweisen, dass sie gleiche Löhne zahlen. Dann erhalten sie eine Bescheinigung, quasi einen TÜV-Stempel «Amtl. geprüft: frauenfreundlich!» Die Bescheinigung ist drei Jahre gültig. Die Betriebe müssen den Beweis, dass ihre Löhne fair sind, durch eine Prüfung («Audit») erbringen. Das «Center for Gender Equality» kontrolliert die

«Wir haben das Know-how und die Mittel, um die Lohnlücke zu beseitigen.»

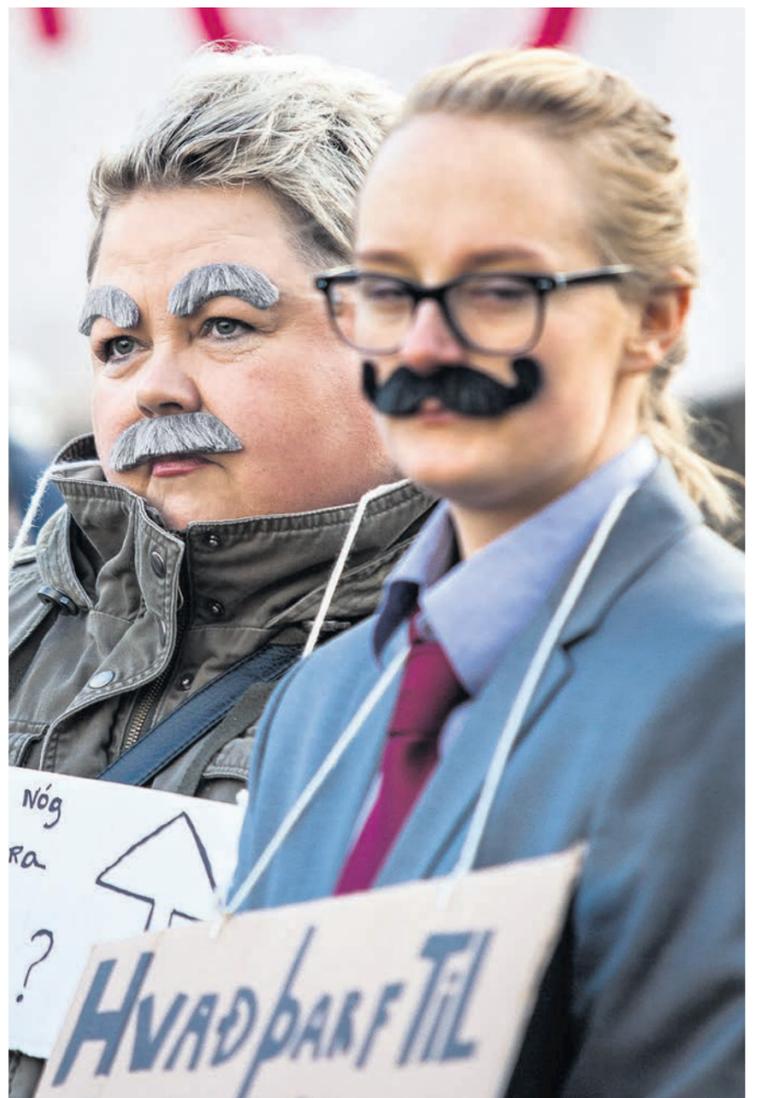
THORSTEINN VIGLUNDSSON, ISLÄNDISCHER SOZIALMINISTER

Audits. Diese Behörde existiert seit dem Jahr 2000 und kümmert sich um Gleichheitsfragen. Sie stellt auch die Bescheinigungen für Lohngleichheit aus. Diese werden im Internet veröffentlicht. Unwilligen Chefs, die das Gesetz missachten, drohen Bussen.

GERECHTIGKEIT BIS 2022

Spätestens im Jahr 2022 soll es in Islands boomender Wirtschaft, die vom Tourismus und der Fischereindustrie dominiert ist, keine Lohndiskriminierung mehr geben. Ein ambitionierter Zeitplan sieht vor, dass das Gesetz ab 2018 in Kraft tritt. Grosse Betriebe mit mehr als 250 Arbeitnehmenden haben Zeit bis Ende 2018, kleinere bis Ende 2020. Das zuständige Sozialministerium kann die Deadline um ein Jahr aufschieben. Dann ist Schluss mit unfairen Löhnen. Und nicht erst im Jahr 2133. So lange würde es nach einer Analyse des World Economic Forum dauern, wenn es international in Sachen Lohngleichheit im selben Schnecken tempo vorwärtsginge wie bisher.

Noch sind Fragen zu Islands Pioniertat offen. Wird das Gesetz so verabschiedet? Setzt es der Staat konsequent um? Von work kontaktierte Fachfrauen sagen, die Prüfungsmethode sei wichtig, und die Vollzugsbehörde müsse genügend Ressourcen haben. Juristin Doris Bianchi vom Gewerkschaftsbund meint: «Das Modell Islands ist das Griffigste, was ich



DER KLEINE UNTERSCHIED: Würden sie mehr verdienen, wenn sie Männer wären? Junge Frauen an einer Demo in Reykjavik. FOTO: ARNTHOR BIRKISSON

Biberli meint: «So, Schätzli!»



Viel Applaus für Subito-Initiative

Die Unia will, dass der Gewerkschaftsbund eine Volksinitiative zur Durchsetzung der Lohngleichheit prüfe. Motto: Lohngleichheit subito! Diese Idee stösst bei engagierten Fachfrauen und Politikerinnen auf viel Zustimmung. Für die SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer

ist sie die «richtige Antwort auf den Milliardenbussch an den Frauen». Und Bankenprofessorin Gabrielle Wanzenried meint: «Der Markt löst das Problem nicht» (siehe auch Artikel im letzten work).

DEMO. Im vergangenen Juni demonstrierten Tau-

sende Frauen für Lohnkontrollen – zwanzig Jahre nach Inkrafttreten des Gleichstellungsgesetzes. Der Bund plant eine Revision, aber nur mit freiwilligen Massnahmen und ohne jegliche Sanktionen. Die Arbeitgeber und rechte Kreise blocken griffige Massnahmen für gleichen Lohn ab. (rh)

Bestehend seien die Transparenz und die starke Rolle der Gewerkschaften in der Umsetzung. Diese können die Lohngleichheit in den Vertragsverhandlungen aufs Tapet bringen. Auch haben sie vollen Zugriff auf die Prüfungsergebnisse. Erstaunlich ist,

dass dieser Fortschritt nicht etwa von einer Linksregierung kommt. Vielmehr wird Island seit letztem Herbst von einer Mitte-rechts-Koalition regiert. Diese unterstützt den Gesetzesentwurf. Das zeigt: Lohngleichheit ist eine Frage des Drucks von unten.

INSERAT



Die spinnen, die Abzocker!

work sagt, wie. Und warum. Von unten. Gegen die da oben.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++



UNGEWISSE ZUKUNFT: Während der langen Tage vor der Fabrik halten sich die Thermo-Fisher-Leute mit heissem Kaffee warm. FOTO: THIERRY PORCHET

130 Angestellte streiken bei Thermo Fisher Scientific Warten auf Herrn Vanderirgendwas

106 Arbeitsplätze will der US-Laborgeräte-Konzern nach Tschechien verlegen. Doch das leuchtet den Mitarbeitenden in Ecublens VD überhaupt nicht ein.

SABINE REBER

So viel Fachwissen, so viel Liebe zur den hergestellten Geräten: In Ecublens werden hochkomplizierte Röntgen-Photoelektronen-Spektrometer produziert. Er kenne jede technische Finesse, sagt Maurice P. * (55) aus der Produktion: «Die Geräte sind unsere Babies, sie wurden alle hier in Ecublens entwickelt. Das Einstellen der Instrumente ist enorm schwierig, das geht nicht ohne Schweizer Präzision und ohne jahrzehntelange Erfahrung.»

AMIS SAGEN NJET

Und das soll nun alles nichts mehr zählen. Thermo Fisher will einen Grossteil der Produktion nach Tschechien verlagern. Aber das nehmen die Angestellten nicht einfach hin. Auch jene, die ihren Job behalten können, beteiligen sich am Streik. Wie Nicole Vassalli (27). Sie sagt: «Ich bin aus Solidarität mit den älteren Mitarbeitern dabei, sie arbeiten seit 20, 30 Jahren hier.» Die junge Chemikerin aus dem Tessin ist Mitglied der Personalkommission. Sie sorgt sich: «Wo sollen die alle unterkommen? Und wer soll überhaupt die Arbeit in Tschechien machen können?» Fragen über Fragen und keine Antwort von den obersten Chefs.

Die Konzernleitung in den USA verweigert tagelang den Dialog. Sorgenvoll stehen die Frauen und Männer vor der Fabrik. Immer wieder heisst es, einer der Konzernchefs aus Amerika sei unterwegs, ein «Monsieur Vanderquelquechese». Ein Herr Vanderirgendwas.

Dabei hatte man sich mit der lokalen Fabrikleitung schon geeinigt. Die Gewerkschaft Unia hätte bei den Verhandlungen dabei sein

können. Die kurze Konsultationsfrist von zwei Wochen wäre verlängert worden, und die Belegschaft hätte Einsicht in die Akten erhalten, um Alternativen zu den Entlassungen zu erarbeiten. Doch «die Amerikaner» sagten Njet.

EINE PRESTIGEFIRMA

Thermo Fisher Scientific ist der grösste Laborausrüster der Welt (siehe Box). Er schreibt Gewinn. Auch die Auftragsbücher im Werk in Ecublens sind voll. Und Ecublens ist wichtig: Rund 5000 Firmen auf der ganzen Welt arbeiten mit Röntgen- und Spektrometer-Geräten aus Ecublens. Damit werden Metalle, Zement, Flüssigkeiten und Nahrungsmittel analysiert, beispielsweise Milchpulver. Zu den grossen Kundinnen zählen der Nahrungsmittelkonzern Nestlé, der Zementriese Lafarge Holcim und der Stahlkoloss ArcelorMittal.

Silvia F. * (41) arbeitet seit fünfzehn Jahren im Kundendienst und erklärt: «Keine zwei Geräte gleichen sich, alles wird nach Mass hergestellt. Wenn ein Kunde ein Problem hat, gehe ich kurz in die Produktion rüber und sage, das und das Teil brauchen sie dringend. Innert 24 Stunden wird es verschickt.» Ein Superservice. Und exklusiv. Thermo Fisher Ecublens ist deshalb auch eine Prestigefirma für den Kanton. Kein Wunder hat sich sofort die Politik in den Arbeitskampf eingeschaltet. Regierungspräsident Pierre-Yves Maillard (SP) ist vorbeigekommen und hat den Streikenden seine Unterstützung zugesichert. «Quand même, immerhin», sagen sie.

NICHTS REIN, NICHTS RAUS

Niemand lädt die Camions aus, die vorfahren. Niemand liefert die Maschinen aus, die fertig sind. Wichtige Kundenbesuche mussten abgesagt werden. Einkäufer Antony Zanghi (39) schildert es so: «Nichts geht ins Gebäude rein, nichts kommt raus!» Letzte Woche sei ein grosser Lastwagen aus Ungarn gekommen, den habe der Direktor mit Hilfe einiger Temporärer selber entladen. Ihren Streik würde inzwischen bestimmt auch die Kundschaft spüren. Was die wohl tun werde, fragt sich Silvia F. Normalerweise würden Ersatzteile «für etwa 400 000 Franken pro Woche» geliefert. Das müsse so langsam doch auch «die Amerikaner» schmerzen.

Und tatsächlich: Am 25. April kommen sie dann doch. Zwei Konzernchefs fliegen ein. Un-

Thermo Fisher Scientific: 18 Milliarden Umsatz

Trotz gutem Geschäftsgang hat der multinationale Technologiekonzern aus Kalifornien Anfang April angekündigt, einen grossen Teil seiner Fabrik in Ecublens VD nach Tschechien zu verlagern. 106 von 165 Stellen sind betroffen.

Weltweit arbeiten mehr als 55 000 Angestellte für den Konzern. Der Jahresumsatz des Unternehmens beträgt 18 Milliarden US-Dollar im Jahr.

Thermo Fisher Scientific ist der grösste Laborausrüster der Welt. Er stellt hochspezialisierte Analysegeräte her, die in Chemielabors, aber auch in der Industrie und im Gesundheitsbereich verwendet werden. Auch Schweizer Spitäler zählen zur Kundschaft. Erst vor zwei Wochen wurde eine Vereinbarung für die Zusammenarbeit mit dem Universitätsspital Basel bekanntgegeben, wobei die Firma Geräte entwickeln soll, die für die Krebsforschung der Zukunft entscheidend sind.



Röntgen-Photoelektronen-Spektrometer. FOTO: PD

PARTIKELN. Vor einem Jahr kaufte Thermo Fisher für 4,2 Milliarden Dollar den Mikroskop-Spezialisten FEI aus dem US-Bundesstaat Oregon auf. Dieser ist auf Hochleistungs-Mikroskope spezialisiert, mit denen Forschende winzigste Partikel untersuchen können. Angeblich sollen die Jobs aus Ecublens nun in eine halbleere Fabrik im tschechischen Brünn transferiert werden, die der Konzern mit dem Deal von FEI übernommen hat. (sr)

ter anderem der heissersehnte Vanderquelquechese. Er ist die Nummer vier der Firmengruppe und heisst Phillip van de Werken. Jetzt laufen Verhandlungen. Mit dabei auch der freisinnige Waadtländer Wirtschaftsminister Philippe Leuba. Das bange Warten vor der Fabrik geht weiter, Resultate waren bis work-Redaktionsschluss keine bekannt. Chemikerin Nicole Vassalli sagt: «Die Hoffnung stirbt zuletzt.»

Unia wehrt sich für Löhne von italienischen Gipsern Sie wussten nicht mal, wer ihr Chef ist

Ende Mai vertritt die Unia vor dem Zürcher Arbeitsgericht Lohnklagen von italienischen Gipsern. Zuerst musste sie allerdings ermitteln, wen sie eigentlich belangen könne.

MICHAEL STÖTZEL

Es habe eine Zeit gedauert, bis sie die Geschichte der insgesamt 30 italienischen Gipser überhaupt verstanden habe, sagt Andreia Teixeira, Rechtsberaterin bei der Zürcher Unia: «Die Männer wussten nicht mal genau, bei wem sie angestellt waren.»

TEMPORÄR. Zum Beispiel Antonio Greco*, Mitte 50. Er hatte in seiner Heimat 22 Jahre in einer Fabrik für Baumaterialien gearbeitet. Dann schloss die Firma. Deshalb griff er sofort zu, als er 2015 über einen Bekann-



OPEN END: Ein Teil der Gipser haben ihr Geld bekommen. Andere warten noch. FOTO: EX-PRESS

ten das Angebot erhielt, in Uster ZH für die Firma Viaro als Gipser zu arbeiten. Zwar verstand er kein Wort Deutsch, aber sein Chef Vincenzo Vasile war Italiener, wie die meisten seiner 50 Kollegen auch. Gipser Greco: «Die Arbeit gefiel mir, obschon sie körperlich anstrengend war.» Doch bald kamen die Löhne nur noch unregelmässig. Und dann eröffnete Chef Vasile den Gipsern, dass sie zwar

Plötzlich erhielten die Gipser keinen Lohn mehr.

weiter für ihn arbeiten könnten, aber nicht mehr bei ihm, sondern bei verschiedenen Temporärbüros angestellt seien.

Tatsächlich änderte sich vorerst nur eins: Die Löhne kamen wieder pünktlich. Für die Männer schien alles in Ordnung. Bis zum Sommer letzten Jahres. Offenbar war Vasile mit seiner Firma Viaro nicht wieder auf den grünen Zweig gekommen. Seine «Lösung»: Er suchte sich andere Temporärbüros für seine Angestellten.

Einige hatten das Glück, zur Branchen-grösse Manpower abgeschoben zu werden. Dort erhielten sie korrekte Löhne. Doch diejenigen, die nunmehr bei den regionalen Arbeitsvermittlern Asa und Jobnow angestellt waren, erhielten bald gar kein Geld mehr. Weil Vasile seinerseits die Büros nicht mehr bezahlte, vermutet die Unia.

GERICHTLICH. Die Gewerkschaft hatte inzwischen für 30 Gipser die Vertretung übernommen. Doch es sei «verzwickt» gewesen, zu klären, wer von den drei Arbeitgebern wem wie viel Geld schulde, sagen Unia-Frau Andreia Teixeira und ihre Kollegin Fahrije Sadiku. Mitte September reichten sie Betreibungen gegen die Temporärfirmen Jobnow und Asa und gegen die Firma Viaro selbst ein, mit unterschiedlichem Ausgang:

Erfolg vor dem Friedensrichter hatte die Gewerkschaft bei Jobnow. Der Stellenvermittler zahlte 14 Gipsern, die nachweislich bei ihm angestellt waren, darunter auch Antonio Greco, nachträglich rund 72 000 Franken. Viaro ging in Konkurs, der am 4. April eröffnet wurde. Und Asa lässt es nun auf den Prozess vor dem Arbeitsgericht ankommen. Die Unia kann dabei darauf setzen, dass Temporärfirmen vor ihrer Eröffnung Kauttionen hinterlegen müssen. Deshalb gibt es bei Asa, anders als im Konkursfall Viaro, sichere Mittel, um gegebenenfalls die Schulden bei den Arbeitern zu begleichen.

*Name der Redaktion bekannt.

*Name geändert.

Die Wir-zuerst-Politik Überall der gleiche Slogan

Es war der Kernpunkt von Donald Trumps Antrittsrede als Präsident: «Vom heutigen Tag an wird eine neue Vision unser Land regieren: America first!» Diesen roten Faden hat er eingehalten. Zuerst kommen die Starken, und die will er noch stärker machen: Die US-Banken sollen entlastet werden und die US-Armee noch mehr Geld bekommen.



Andreas Rieger ist Unia-Sekretär und vertritt den SGB im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB).

Zuletzt kommen die Schwachen. Die Sanspapiers weist Trump tausendfach aus, die Entwicklungshilfe streicht er zusammen. Und die Mexikaner will er für die Grenzmauer selbst bezahlen lassen.

LE PEN UND LEGA. In Europa politisieren viele schon lange auf Trumps Linie: «La France d'abord», Frankreich zuerst, das ist ein alter Schlachtruf des Front national. Dieser witzelte nach der Antrittsrede Trumps, der US-Präsident habe Marine Le Pen das Programm geklaut. Sie will alles Französische stärken. Das Ausland und die EU schwächen. Und vor allem die Schwächsten im Land, die Eingewanderten. «British first» heisst der Schlachtruf der Rechtsextremen in Grossbritannien. In der Logik «Grossbritannien vor EU» haben die Konservativen den Brexit erreicht und politisiert heute Ministerpräsidentin Theresa May.

Es können nicht alle die Ersten sein.

Die eigene Nation hat auch für die Regierungen in Polen und Ungarn absoluten Vorrang. «Ungarn zuerst» richtet sich gegen die EU, gegen die Roma, gegen die Flüchtlinge und gegen die Nichtregierungsorganisationen. Und selbstverständlich kennen wir diesen rechten Nationalismus auch in der Schweiz: von SVP und Lega. Im Tessin machen beide Druck mit dem Slogan «Prima i nostri» (zuerst die Unseren).

DER 1. MAI. «Wir zuerst», das sagen aber nicht nur die Nationalisten. Die Neoliberalen verfolgen mit ihrer Standortkonkurrenz das gleiche Prinzip. Jedes Land, jeder Kanton soll bei den Ersten sein und ständig die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Konkurrenten erhöhen. Mit tieferen Steuern. Mit günstigeren Löhnen. «Alle gegen alle», heisst auch das Spiel der Neoliberalen.

Das Prinzip der Gewerkschaften ist ein grundlegend anderes: kooperieren, zusammenarbeiten. Es können nicht alle die Ersten sein. Nicht mal die Zweiten oder Dritten. Am 1. Mai heisst es deshalb wieder weltweit: «Zusammen sind wir stärker!»

UNIA online



Arbeitslos – was tun?

Arbeitslosigkeit kann jeden treffen. Der Schock sitzt meist tief, wenn man plötzlich keine Arbeitsstelle mehr hat. Wichtig ist: Melden Sie sich sofort arbeitslos, auch wenn Sie erst gerade die Kündigung erhalten haben und noch angestellt sind. Auf der Website der Unia-Arbeitslosenkasse finden Sie einen Leitfaden mit allen wichtigen Informationen und den notwendigen Formularen:

www.unia.ch/arbeitslos-was-tun

Arbeitgeber blockieren jeglichen Kündigungsschutz für Ältere Ab 55 Jahren ausgebremst

Die Arbeitgeber wollen weiterhin nach Lust und Laune schassen können. Auch jene, die auf dem Arbeitsmarkt wegen ihres Alters kaum noch Chancen haben.

RALPH HUG

Keine fünf Minuten ging es. Und schon war der Zahlensalat angerichtet. Die letzte Ausgabe der Politsendung «Arena» des Schweizer Fernsehens zeigte es deutlich. In der Debatte um dringende nötige Massnahmen gegen die Entlassung von älteren Mitarbeitenden herrscht Blockade. Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt tut alles, um das Problem zu verharmlosen. Er sagte, die schwierige Situation bei den über 50jährigen sei «kein Massenphänomen». Diese müssten halt einfach «etwas länger» auf eine neue Stelle warten, wenn sie arbeitslos würden.

DIE ZAHLEN LÜGEN

Vogt stützt sich auf die Arbeitslosenstatistik. Diese zeigt bei der Gruppe der über 50jährigen tatsächlich eine leicht geringere Arbeitslosigkeit an als beim Gesamtdurchschnitt: 2,8 statt 3,3 Prozent. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Gewerkschaftsbunds-Chefökonom Daniel Lampart belegt, dass die Arbeitslosigkeit bei den über 55jährigen in den letzten zwei

Jahren stärker zugenommen hat als in anderen Altersgruppen. Und sie steigt weiter an, obwohl die Arbeitslosigkeit insgesamt leicht rückläufig ist. Schlechte Karten haben Ältere vor allem in der Pharmaindustrie, der Energieversorgung, der Informatik und der Landwirtschaft. Für Unia-Industriechef Corrado Pardini, aber auch für Grünen-Präsidentin Regula

Rytz ist die Lage alarmierend. Zu den registrierten Arbeitslosen müssten nämlich auch die Stellensuchenden sowie die bereits Ausgesteuerten hinzugezählt werden. Sie fehlen in der offiziellen Arbeitslosenstatistik.

SP-Nationalrat Pardini verlangt in einem Vorstoss im Parlament einen differenzierten Kündigungsschutz für Ältere. Jene, die 55 und schon seit zehn Jahren im Betrieb sind, sollen nur dann entlassen werden können, wenn die Firma glaubwürdig darlegt, dass die Kündi-

Manager auf Renditejagd haben die Hemmschwellen sinken lassen.

gungen nicht zum Ersatz durch billigere Arbeitskräfte führen. Solche Massnahmen sind nötig, weil Manager auf Renditejagd die Hemmschwellen haben sinken lassen. Betriebe stellen skrupellos langjährige Mitarbeitende auf die Strasse. Und dies nur, um Lohnkosten zu sparen.

BUNDESRAT MAUERT

Vogt & Co. wissen das, bestreiten es aber hartnäckig. Sie beschwören stattdessen den «liberalen Arbeitsmarkt» und verhindern nach Kräften, dass der laxe Schweizer Kündigungsschutz endlich verstärkt wird. Dies mit gültiger Mithilfe «ihres» Bundesrats Johann Schneider-Ammann. Der FDP-Magistrat äusserte kürzlich die Ansicht, es gebe auf der ganzen Welt keinen sinnvollen Kündigungsschutz. Damit entlarvt er sich einmal mehr als Chefbremser gegen den sozialen Fortschritt. Ganz im Dienste der Unternehmer, die weiterhin freie Hand bei Entlassungen haben wollen.

Kürzlich fand bereits die dritte Konferenz zu den Problemen älterer Arbeitnehmender statt. Das Ergebnis: null. Einziges greifbares Resultat ist bisher die Stellenmeldepflicht: Die Firmen müssen ihre offenen Jobs zuerst den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) melden. Gewerkschafter Corrado Pardini ist verärgert. Er sagt: «Wenn der Bundesrat und die Arbeitgeber dieses Problem weiterhin ignorieren, dann werden wir eine Initiative prüfen müssen.»



BRUTALE ALTERSGRENZE: Für über 55jährige ist es sehr schwierig, eine neue Stelle zu finden.

workfrage: Sind Sie für mehr Schutz für die Älteren auf dem Arbeitsmarkt?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

Anständiger Sozialplan und eine Lösung für die Älteren Walo-Büezer feiern einen grossen Erfolg

Rund 30 Bauarbeiter legten bei Walo in Genf für sechs Tage die Arbeit nieder. Das hat sich gelohnt.

SABINE REBER

Die Zürcher Baufirma Walo Bertschinger will ihre Genfer Filiale schliessen. Deshalb hat sie allen Angestellten gekündigt (work berichtete). Der ursprüngliche Sozialplan sah nur eine Abfindung von einem Monatslohn vor, obwohl die Hälfte der Betroffenen über 55 Jahre alt sind. «So nicht!» sagten die Walo-Büezer und gingen auf die Barrikaden. Während insgesamt sechs Tagen legten sie ihre Arbeit nieder. Sie forderten sechs Monatslöhne plus einen Zuschlag von 2000 Franken pro Dienstjahr. Nun haben die paritätische Kommission (Arbeitgeber/Arbeitnehmer), die Gewerkschaften Unia, Syna und SIT sowie die Firma Walo einen Kompromiss ausgehandelt, dem die Walo-Büezer mit grosser Mehrheit zugestimmt haben.

VERBESSERUNG. Yves Mugny, der Unia-Verantwortliche für den Sek-

tor Bau in Genf, freut sich über die massiven Verbesserungen: «Ihr Kampf hat sich gelohnt!»

Die Abfindungen fallen nun je nach Alter und Dienstjahren sehr viel besser aus. Die Ältesten und jene mit vielen Dienstjahren erhalten bis zu acht Monatslöhne.

Die älteren Büezer können in Lausanne weiterarbeiten.

Diejenigen, die weniger lang dabei sind, bekommen entsprechend weniger. Unia-Mann Mugny: «Dafür konnten wir erreichen, dass die Arbeiter pro Kind 10 Prozent zusätzlich erhalten. Wer alleinerziehend ist oder ein behindertes Kind hat, bekommt nochmals 10 Prozent.»

Vor allem aber gibt es eine Lösung für die Älteren. Sie können wählen, ob sie in Lausanne weiterarbeiten oder den Sozialplan annehmen wollen. Und falls sie nach Lausanne gehen, behalten sie bei einer späteren Entlassung den Anspruch auf die Entschädigung aus



STARKE CREW: Gemeinsam mit den Gewerkschaften haben die Walo-Büezer einen guten Sozialplan rausgeholt. FOTO: PIERRE ALBOUY

dem Sozialplan. Ursprünglich hatte die Firma Walo nur einige der jüngeren Büezer in der Lausanner Filiale weiterbeschäftigen wollen. Ausserdem erreichten die

Walo-Büezer, dass die neun Bauarbeiter, die bei Walo Bertschinger in Genf schon Ende 2016 entlassen worden sind, nun ebenfalls vom Sozialplan profitieren.



POLITIK MIT TOLLE: Was Donald Trump kann, können Simonetta Sommaruga und Ueli Maurer schon lange. FOTOS: KEYSTONE; MONTAGE: WORK/TNT GRAPHICS

Grenzen zu, Schikanen gegen Geflüchtete, Totalüberwachung

Die Schweiz trumpft

Bundesräte haben bessere Manieren als US-Präsident Trump. Politisch trumpft's in unserem Land aber schon länger.

CLEMENS STUDER

Vieles, von dem Trump träumt und twittert, ist in der Schweiz bereits Realität. Sicher, die Schweiz ist anders organisiert, als die USA es sind. Darum braucht es hier auf nationaler Ebene auch mindestens zwei Magistraten für einen Trump. Ueli Maurer (SVP) und Simonetta Sommaruga (SP) bekommen das aber ganz gut hin – und erst noch viel leiser als der US-Präsident. Und auch in vielen Kantonen ist Trump-Politik an der Tagesordnung. Die Beispiele:

1. Grenzen schliessen mit allen Mitteln

Trump will die Grenzen dichtmachen und die Grenze zu Mexiko mit einer Mauer verriegeln. Für die Schweiz keine neue Idee. «Grenzbefestigungsanlagen» oder vulgärer einfach «Stacheldraht» gehören zum Standardforderungsrepertoire der SVP und von Bürgerlichen: goo.gl/YY8CMT.

Dabei ist die Schweiz ohnehin quasi schon abgeriegelt, seit Justizministerin Sommaruga die Abschaffung des Botschaftsasyls durchsetzte und auch seine Wiedereinführung nicht einmal prüfen will. Begründung: «Es bringt zu wenig.» Dabei wäre das Botschaftsasyilverfahren die einzige schnell umsetzbare Möglichkeit, wenigstens einen kleinen Beitrag dazu zu leisten, dass nicht Monat für Monat Tausende Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken.

Als Schengenstaat profitiert das Binnenland Schweiz vom schmutzigen Deal mit dem türkischen Autokraten Erdoğan überdurchschnittlich. Gegen EU-Geld hält er die Flüchtlinge davon ab, nach West- und Nordeuropa zu kommen. Doch das reicht Bundesbern nicht. Seit Ueli Maurer als Finanzminister für das Grenzwachtkorps zuständig ist, steht die Truppe immer wieder wegen Rechtsverstössen in der Kritik: Zurückweisung von Minderjährigen, Abschiebungen ohne Anhörungen, «Überhören von Asylgesuchen» usw. (goo.gl/JY15PR). Jetzt will Maurer zusätzlich private Söldner an die Grenze stellen: goo.gl/anwJYC.

Auch bei Simonetta Sommarugas Bundesamt für Migration häufen sich die Merkwürdigkeiten. So besteht der mehr als begründete Verdacht, dass Sommarugas Leute unbegleitete Jugendliche systematisch älter machen, damit diese weniger Betreuung bekommen und wie Erwachsene abgeschoben werden können: goo.gl/VYeUbQ. Unter Sommaruga wurden Asylrecht und die Praxis

massiv verschärft auf dem Buckel geflohenen Menschen. Zum Beispiel gegenüber Geflohenen aus Eritrea (goo.gl/dkejpm). Die Rückweisungsregeln des sogenannten Dublin-Verfahrens legen Sommarugas Beamtinnen und Beamte äusserst exzessiv aus. Motto: «Hauptsache die Geflohenen sind weg!» Ehrlicherweise müsste das Amt «Bundesamt gegen Migrantinnen und Migranten» heissen. Im Jahr 2016 wurden so viele Menschen in andere Staaten abgeschoben wie noch nie – die meisten direkt von Maurers Grenzwachtern.

2. Geflüchtete plagen

Auch wer es in die Schweiz schafft, wird zunehmend schlecht behandelt. Nicht nur unter Bundesverantwortung, auch etliche Kantone und Gemeinden machen munter mit. Mit am übelsten treibt's der Kanton Zürich. Justizdirektor und Dalai-Lama-Verehrer Mario Fehr (auch er SP-Mitglied) muss von Gerichten zurückgepfiffen werden, wenn seine Schikanen gegen Geflüchtete zu offensichtlich gegen geltendes Recht verstossen. Zum Beispiel hier: goo.gl/2CtC6r. Das hindert Fehr nicht daran, sich immer neue Schikanen einfallen zu lassen. Seit Februar gilt sein Erlass, dass Geflüchtete, die nur noch Nothilfe erhalten, morgens und abends in ihren tageslichtlosen Bunkern anwesend sein müssen, damit sie ihre täglichen Fr. 8.50 erhalten.

3. Rassistische Polizeiarbeit

Wie stellt sich der durchschnittliche Schweizer Polizeibeamte einen Gesetzesbrecher vor? Ganz einfach: schwarz oder zumindest mit dunklem Teint. Alternativ reichen auch hohe Wangenknochen, eine originelle Haarpracht oder ein Kopftuch. Kurzum: für Menschen ohne käsigen Eidgenossen-Teint ist die Wahrscheinlichkeit, von Polizisten einfach mal so kontrolliert zu werden, um ein x-faches höher. Wer sich beschwert, wird nicht selten mit Schikaneanzeigen eingedeckt. Forschungsergebnisse, Fallbeispiele und Augenzeugenberichte gibt es hier: goo.gl/B1u2CO.

Doch die Schweizer Trump-Politik beschränkt sich nicht nur auf den Umgang mit «dem Fremden». Auch hier ein Beispiel:

4. Totalüberwachung

Mit Terrorismus und schwerer Kriminalität als Vorwand brachte Sommaruga das BÜPF, das Bundesgesetz zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs, durchs noch so willige Parlament. Die von Sommaruga unlängst in die Vernehmlassung

Gesicht zeigen: Haarig

Der Islam als wohlfeiles Feindbild ist Teil eines weit über die extreme Rechte hinausgehenden Rassismus. Hier darf man noch so richtig wüten, was sich bei anderen Religionen schon historisch verbietet.

Darum greift man die angeblichen Symbole an. Nur gibt es da ein entscheidendes Problem:

Burkaträgerinnen sind in der Schweiz so selten wie Nüchternen nachts an der Fasnacht.

Die Haare wiederum bedecken neben Muslimas auch orthodoxe Jüdinnen, katholische Nonnen und für Ohrentzündung anfällige Frauen.

Darum wohl also diese Chiffre vom «Gesicht»: In der Schweiz zeige man das Gesicht, wird als Norm definiert. Unter anderem im famosen «Vertrag für Flüchtlinge» des «Blicks»: goo.gl/3txU84.

HIPSTER ODER IS? Doch auch mit Gesicht zeigen gibt's in der Praxis ein Problem. Mit Männern. Zwar ist der Dreitagebart in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Doch beim längeren Bart wird's schwierig. Hipster, Eidgenosse oder IS? Für Laien nicht einfach zu unterscheiden! Wahrscheinlich ruft man am besten jeweils bei Sommaruga an (siehe Haupttext). Die Justizministerin schickt dann wohl umgehend Fachmensch, die unterscheiden können zwischen mit sauteuren veganen Produkten gepflügter Hipstermatte goo.gl/ewsYcY, einer islamfundamentalistisch wuchernden Zusammenrottung einzelner Gesichtshaare goo.gl/DGvPoU oder dem Sportgerät eines Finalisten des Internationalen Alpbarttreffens goo.gl/H1HKCn. Es ist zum Haarölseichen. (stu)

geschickte Verordnung zu diesem Gesetz ist Freipass für die totale Überwachung. Mit WLAN im Internet surfen dürfen künftig nur noch Menschen, die von den Hotspot-Betreibern mit einer «gut lesbaren Ausweiskopie» identifiziert sind. Das ist das Ende freier WLAN-Netze: goo.gl/aT1u3A.

Solche Regeln kennen eigentlich nur wenige demokratische Staaten. In der EU geht der Trend in die andere Richtung: dank einem Entscheid des Europäischen Gerichtshofes. Doch Justizministerin Sommaruga will es nicht mit der totalen Kommunikationsüberwachung bewenden lassen. In einem Interview fordert sie das Volk auf, alles Verdächtige sofort den Behörden zu melden (goo.gl/dKnird).

Wer sich über Trump entsetzt, muss sich über die Schweiz empören.



la suisse existe
Jean Ziegler

RAUBGELD IN DER SCHWEIZ

Diplomat ist ein hochinteressanter, wenn auch schwieriger Beruf. Das erleben derzeit zwei helvetische Spitzendiplomaten von höchster Kompetenz:

Im Kampf gegen den Bankenbanditismus kommen die Gesetze den Banken zu Hilfe.

Valentin Zellweger, der Schweizer Vertreter bei der Uno in Genf, und Roberto

Balzaretti, der Direktor der Völkerrechtsabteilung im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA).

ILLEGALE FINANZSTRÖME. Kein internationaler Korruptions- oder Raubgeldskandal ohne aktive Mithilfe der Schweizer Banken! Wer leidet darunter? Die geplünderten Völker... und der Ruf der Schweiz. Balzaretti, seit kurzem im Amt, lancierte deshalb eine öffentliche Kampagne, um zu zeigen, wie kooperativ die Schweiz bei der Rückführung gestohlener Vermögen angeblich sei. Zellweger, einflussreicher Vizepräsident des Uno-Menschenrechtsrates, versucht in Genf, das ramponierte Bild des hiesigen Finanzplatzes zu polieren.

Mit welchem Erfolg? Er ist gering. In der 21. Session des Rates im letzten März ist wiederum die Rückführung der illegalen Finanzströme (Illicit Financial Flows) ein heftig diskutiertes Traktandum gewesen. Eine neue ägyptische und von praktisch allen Staaten der Dritten Welt unterstützte Resolution wurde haushoch angenommen. Sie verlangt die Beschlagnahme der gestohlenen Gelder und ihre sofortige Überführung in einen Entwicklungsfonds zugunsten der geplünderten Länder.

Die Situation ist bizarr: Bundesrat und EDA wollen die Raubgelder so schnell wie möglich los werden. Doch Banken und Regimente hoch bezahlter Anwälte verhindern das. Ein Beispiel: Tunesien. Im Januar 2011 stürzte ein todesmutiger Volksaufstand den seit 23 Jahren wütenden Diktator Zine Ben Ali. Innerhalb dreier Tage sperrte die damalige Bundesrätin Micheline Calmy-Rey viele Millionen Franken auf den Konten des Diktators und seiner Familie. Ben Ali floh, Aufständische fanden in seinem Palast die gesamte Raubgeld-Buchhaltung vor. Ben Alis Finanztransfers in die Schweiz sind durch diesen Fund bestens dokumentiert. Trotzdem sind bis heute nur einige Tausend Franken zurückgeflossen. Im Süden und Osten des Landes wütet der Hunger. Das Geld bleibt in der Schweiz.

KRIMINELLE BANKER. Denn in allen Phasen des Kampfes gegen den helvetischen Bankenbanditismus kommen die Gesetze den Banken und ihren Anwälten zu Hilfe. Mit unzähligen Rekursen sabotieren und verschleppen sie die Verfahren zur Beschlagnahme und Rückführung. Die unsägliche Finanzmarktaufsicht (Finma) hätte die Möglichkeit, wegen Geldwäsche oder wegen des Umgangs mit Geldern politisch exponierter Personen einzuschreiten. Sie tut nichts. Die Strafflosigkeit krimineller Banker hat Tradition in der Schweiz. Was ist zu tun? Wir sind ein demokratisches Land. Die öffentliche Meinung zählt. Sie sollte mutigen Diplomaten wie Zellweger und Balzaretti helfen, den ramponierten Ruf unseres Landes wiederherzustellen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 auf deutsch erschienen.

Die Mehrheit hat weniger im Portemonnaie Die Schweiz ist so ungleich wie noch nie

Die Schweizer Oligarchen räumen auch dieses Jahr Millionen ab. Die unteren und mittleren Einkommen sehen davon keinen Rappen.

RALPH HUG

Ob auf dem Bau, in der Industrie oder im Gewerbe: die Löhne sind überall unter Druck. Besonders klar zeigt sich das im Detailhandel. Die Zahlen aus dem Internet-Lohnrechner des Gewerkschaftsbunds belegen, dass die Löhne der Verkaufsanstellungen zwischen 2010 und 2014 gesunken sind. Und zwar je nach Region um zwei bis sechs Prozent. Die grossen Detailhändler Coop, Migros und Aldi sagen zwar, sie hätten die Löhne in den letzten Jahren angehoben. Das ist nicht falsch. Vor allem die Mindestlohnkampagnen der Gewerkschaft

werden kann, muss unten mehr gespart werden.

Jahr für Jahr zeichnet der Gewerkschaftsbund in seinem «Verteilungsbericht» nach, um wie viel ungleicher die Schweiz geworden ist. «Die Entwicklung ist besorgniserregend», ist im letzten Bericht von 2016 zu lesen. Wohl gibt es dank dem erfolgreichen gewerkschaftlichen Kampf um Mindestlöhne eine spürbare Verbesserung bei den unteren Einkommen. Monatslöhne unter 4000 Franken sind weniger verbreitet als früher. Doch diese hart erkämpften Lohnfortschritte werden gleich wieder von der unsozialen Steuer- und Abgabepolitik von SVP, FDP & Co. weggefressen. Diese Politik belastet die Schlecht- bis Mittelverdienenden im besonderen. Den Sparpaketen fallen zum Beispiel die Prä-

Wer hat profitiert? Die obersten 10%!

Verfügbares Einkommen Verheiratete mit 2 Kindern			
Lohnklasse	Belastung durch höhere Krankenkassenprämien (nach Verbilligungen)	Be-/Entlastung bei Sozialversicherungsbeiträgen, direkten und indirekten Steuern sowie Gebühren	Belastung/Entlastung total
Unterste 10 Prozent	+310.–	-200.–	+110.–
Mittlere Löhne	+400.–	-310.–	+90.–
Oberste 10 Prozent	+420.–	-490.–	-70.–
Oberstes 1 Prozent	+420.–	-900.–	-480.–

ALLE ANGABEN IN FRANKEN. QUELLE: BEREICHENGENESIS

ten wie auch die Debatte um die Mindestlohninitiative im Jahr 2014 setzten den nötigen Druck auf und machten den Grossverteilern Beine.

Doch sie sind nicht die Einzigen im Detailhandel. Es gibt auch zahlreiche Textil- und Modeketten sowie Warenhäuser, wo oft nichts anderes herrscht als Wildwest auf Kosten der Angestellten. Besonders dort, wo ein Gesamtarbeitsvertrag fehlt, sind die Löhne schlechter. Der enorme Konkurrenz- und Preisdruck, das zunehmende Onlineshopping und der starke Franken schlagen dann voll durch auf die ungeschützten Löhne. Das Resultat der Dumpingstrategie sind Pleiten wie jene der Schweizer Modekette Yendi, wo das Management auf volles Risiko fuhr (work berichtete in der letzten Ausgabe). Den Schaden haben am Ende die Mitarbeitenden. Das Unternehmen hat Konkurs angemeldet, kann nicht einmal mehr die April-löhne bezahlen.

TRENDUMKEHR. Der drohende Lohnzerfall zeigt sich nicht nur im Detailhandel. So richtig klar wurde die Entwicklung vor zwei Jahren. Damals gab das Bundesamt für Statistik bekannt, dass die Löhne in der

Jobs werden gekillt und Löhne gedrückt, um dem Finanzmarkt zu gefallen.

Schweiz zwischen 2012 und 2014 schrumpften. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten. Über alle Branchen hinweg sanken sie um 0,2 Prozent. Ein Wendepunkt in der Lohnentwicklung, der auch die Industrie betraf. Hier sanken die Löhne im Schnitt gar um 0,7 Prozent.

Eine genauere Analyse, welche die Unia für die Chemie, die Pharma- und für die Uhrenindustrie vornahm, enthüllte den wahren Grund: Die tieferen Einstiegs-löhne drückten den Schnitt nach unten. Die Firmen stellen Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger konsequent zu tieferen Löhnen als früher an. Der Unia-Mann Manuel Wyss weiss, warum das so ist: «Die Unternehmen versuchen mit allen Mitteln, den hohen Renditeerwartungen der Finanzmärkte gerecht zu werden.» Oder anders gesagt: Damit oben weiter geklötzt

menverbilligungen zum Opfer, die die steigenden Krankenkassenkosten für untere Einkommen erträglicher machen. Währenddessen hätscheln die bürgerlichen Gut- und Topverdiener sowie die Wirtschaft durch generöse Steuersenkungen.

FALSCHER POLITIK. So vertieft sich die soziale Kluft in der Schweiz. Diese ist heute so reich wie nie, ist aber auch so ungleich wie nie zuvor. Kräftig dazu beigetragen hat die falsche Währungspolitik der Nationalbank unter Jobkiller-Präsident Thomas Jordan. Seit der unnötigen Aufhebung des Euro-Mindestkurses vor zwei Jahren ist der Franken zum Spielball im globalen Finanzcasino geworden. Zur Freude raffigieriger Banker, zum Nachteil der Beschäftigten und ihrer Löhne. Und mit der Folge, dass einer wachsenden Zahl von exportabhängigen Firmen der Schnauf ausgeht. Sie verlagern Tausende von Jobs in Tieflohnländer wie Tschechien und Polen. Jüngstes Beispiel ist der US-Industriekonzern Thermo Fisher in Ecublens VD. Trotz gutem Geschäftsgang will er 106 Jobs in die Tschechische Republik verlegen (siehe Seite 5).

Die Opfer dieser anhaltenden Deindustrialisierung sind oft Facharbeiterinnen und Facharbeiter über 50, die nur schwerlich eine neue Stelle finden. Und wenn, dann sicherlich keine zum gleichen Lohn wie vorher. Das alles schafft böses Blut. Die Wahl von Donald Trump in den USA, aber auch der Brexit, der Austritt Grossbritanniens aus der EU, sind ein Aufwind gegen die Zumutungen einer neoliberalen Politik, die nur auf Globalisierung und Deregulierung setzt und dabei eine wachsende Zahl von Opfern links liegen lässt. Nicht nur in den USA, auch in der Schweiz.

Die US-Politologin Nancy Fraser aus New York spricht in diesem Zusammenhang von einem Giftcocktail aus Freihandel, prekären Löhnen und Diskriminierung, den uns ein progressiv auftretender Liberalismus täglich aufs neue serviert. Im Unterschied zu den USA ist die Schweiz ein besser ausgebauter Sozialstaat. Aber wie Manuel Wyss weiss, warum das so ist: «Die Unternehmen versuchen mit allen Mitteln, den hohen Renditeerwartungen der Finanzmärkte gerecht zu werden.» Oder anders gesagt: Damit oben weiter geklötzt

Reiche Familienclans kassieren wieder Milliarden an Unternehmensgewinnen. Noch mehr als letztes Jahr.

Dividenden-Party für Blochers, Schindlers, Schmidheiny und Co.

2017 ist ein Rekordjahr: Viele Unternehmen schreiben Supergewinne und zahlen Superdividenden. Mehr Gold regnet es vor allem für die schon schwerreichen Familienclans.

RALPH HUG

Es ist Frühling. Und wie immer im Frühling reißt sich jeweils eine Generalversammlung an die Arbeit. Die Firmen verteilen die im vergangenen Jahr erwirtschafteten Gewinne. Und die sind heuer besonders hoch. Viele Unternehmen schreiben Supergewinne und zahlen mehr Dividenden. Nach Berechnungen der Wirtschaftspresse schütten die an der Börse kotierten Gesellschaften gegen 50 Milliarden Franken aus. Allein die dreissig grössten Publikumsunternehmen von der ABB bis zur Zürich-Versicherung bringen es auf über 39 Milliarden Franken.

DIVIDENDENSEGEN

Das ist ein Rekord. Noch im Jahr 2000 betrug die Auszahlung nicht einmal die Hälfte. Doch das Wehklagen über Konjunkturschwäche und den überbewerteten Franken ist längst vergessen. Und ebenso, dass Tausende Arbeitnehmende in der Frankenkrisis Gratisarbeit hatten leisten müssen. Sie haben massgebend zur jetzigen Gewinnsteigerung beigetragen. Doch nicht sie kassieren den Mehrertrag. Er fliesst in die Taschen von Management und Aktionären. Diese nicken den Dividenden-segen freudig ab.

Zum Beispiel beim WC-Konzern Geberit aus Rapperswil-Jona SG. Dort stand die Dividendenparty am 5. April an. An der Generalversammlung gab es 370 Millionen Franken zu verteilen, also 58 Millionen mehr als im Vorjahr. Durch lukrative Übernahmen steigerte das Unternehmen den Gewinn um fast 20 Prozent auf Rekordhöhen. Die Geberit-Dividende wächst jährlich: Strich eine Aktionärin 2013 noch Fr. 3.80 pro Anteil ein, sind es heute 10 Franken, mehr als zweieinhalb Mal so viel. Die Anteilseigner, darunter zwei grosse US-Fonds, winkten den Geldsegen in nur einer Stunde durch. Niemand liess sich von französischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern stören, die draussen vor der Türe gegen die geplante Vernichtung von 250 Jobs in Frankreich protestierten (work berichtete). Die Brüder Geberit hatten die Firma im Jahr 1997 für 1,8 Milliarden Franken verkauft. Mit einem Vermögen von 750 Millionen Franken rangiert die Familie Geberit unter den 300 Reichsten der Schweiz. Das berichtet das Wirtschaftsmagazin «Bilanz».

MILCHKUH EMS

Vor allem Familienclans kassieren jetzt ganz kräftig ab. Ihnen gehören bekannte Firmen von Roche bis Ems-Chemie und von Schindler bis Swatch. Ganz vorne beim Garnieren liegt Ems-Chefin und Blocher-Tochter Magdalena Martullo. Sie und ihre Schwester Miriam («Lackerli-Huus») sind die Mehrheitsaktionärinnen des Bündner Chemiekonzerns. Ihre Beteiligung bringt ihnen sagenhafte 250 Millionen Franken. Allein dieses Jahr!

Letztes Jahr strich Martullo über 106 Millionen Franken aus Dividenden ein. Da-

wirkte die MilliardärsGattin zwölf Jahre als FCB-Präsidentin, sie hat ihr eigenes Puppenmuseum in Basel. Roche, die Geldmaschine in Basel, spült ihnen jährlich Hunderte von Millionen in die Schatulle. Dieses Jahr sollen es rund 600 Millionen sein, schätzt die «Handelszeitung». Niemand in der Schweiz streicht mehr Dividenden ein. Hofmanns und Oeris gelten als «Dividendenkönige». Womit treffend die Regierungs-

Tausende Arbeitnehmende haben in der Frankenkrisis Gratisarbeit geleistet...

len. Und kassiert dafür via Anteile umso kräftiger ab. Was auch steuerlich viel interessanter ist, da die Gewinnsteuern tief sind. Das Magazin «Bilanz» beziffert Martullos Vermögen auf rund 4 Milliarden Franken. Ein schöner Teil davon stammt aus den Ems-Dividenden. Seit der Übernahme durch Christoph Blocher im Jahr 1983 dient der Grossbetrieb bei Chur der Familie als einträgliche Milchkuh. Russische Oligarchen? Von wegen! Seit dreissig Jahren gehören auch Blochers zu den Schweizer Oligarchen. Zu den wenigen, die mit ihrem Reichtum Herrschaft ausüben. Zum Beispiel im familieneigenen Schloss Rhäzüns. Dorthin lädt Schlossherr Blocher regelmässig zu mehr oder weniger clandestinen Treffen mit SVP-Grossen und handverlesenen Journalisten. Der Blocher-Clan gehört aber dennoch nicht zum Schweizer Geldadel, denn hier ist der Reichtum älter. Etwa bei André Hoffmann und der eingehaarten Gigi Oeri vom Pharmakonzern Roche. Als Mäzenin

form bezeichnet ist, die in der Wirtschaft herrscht: Monarchie statt Demokratie.

... haben massgebend zur jetzigen Gewinnsteigerung beigetragen...

form bezeichnet ist, die in der Wirtschaft herrscht: Monarchie statt Demokratie.

TAUSENDE JOBS WEG

Zu den Riesen im jährlichen Dividendeninkasso gehört auch Lift- und Rolltreppenkönig Alfred N. Schindler aus der Inneren Schweiz. Trotz Rücktritt ins zweite Glied - er hat das Verwaltungsratspräsidium letztes Jahr abgegeben -, gibt der leidenschaftliche Porsche-Fahrer immer noch den Ton an im Weltkonzern. Mehr als 100 Millionen Franken fliessen dieser Tage auf die Konten der beiden Aktionärsfamilien Schindler und Bonnard. Sie besitzen 40 Prozent des Firmenkapitals. Die Geschäfte laufen wie ge-

schmiert, der Reingewinn ist um zehn Prozent auf 823 Millionen Franken gestiegen, und der Verkauf einer Tochterfirma hat neben der normalen sogar noch eine Sonderdividende in ähnlicher Höhe ermöglicht. Dass Schindler letztes Jahr trotz Superzahl-

... doch nicht sie kassieren nun den Mehrertrag.

Nicht weniger als 1,2 Milliarden Franken regnet es derzeit auf die Aktionäre von LafargeHolcim herab. Ein erheblicher Teil davon geht aufs Konto von Milliardär und Ex-Swissair-Verwaltungsrat Thomas Schmidheiny. Der Grossaktionär war vor zwei Jahren eine treibende Kraft bei der Fusion der beiden Zementriesen aus der Schweiz und Frankreich. Obwohl kurz danach im fusionierten Konzern der Gewinn einbrach, hat das Schmidheiny kaum geschadet.

Umengen von Geld scheffelt auch Rohstoffhändler Ivan Glasenberg bei Glencore in Zug. Dieses Jahr gibt es für die Aktionäre wieder eine Dividende. Dies, nachdem sich Glasenberg verspekuliert und weltweit Tausende von Jobs gestrichen hat. Nun weist der Konzern wieder einen Reingewinn von 1,4 Milliarden Dollar aus. Vor drei Jahren stand Glasenberg noch als ruchloser Steuer-

profiteur in den Negativschlagzeilen: Dank der Unternehmenssteuerreform II, die der freisinnige Ex-Finanzminister Hans-Rudolf Merz durchgedrückt hatte, konnte der Südafrikaner trotz Milliardenverlusten seiner Firma eine ungeschmälerte Dividende von 182 Millionen Dollar einsacken. Steuerfrei, da sie aus den Kapitalreserven stammte. Heute ist auch das kein Thema mehr.

Nicht weniger als 1,2 Milliarden Franken regnet es derzeit auf die Aktionäre von LafargeHolcim herab. Ein erheblicher Teil davon geht aufs Konto von Milliardär und Ex-Swissair-Verwaltungsrat Thomas Schmidheiny. Der Grossaktionär war vor zwei Jahren eine treibende Kraft bei der Fusion der beiden Zementriesen aus der Schweiz und Frankreich. Obwohl kurz danach im fusionierten Konzern der Gewinn einbrach, hat das Schmidheiny kaum geschadet.

SHOWDOWN BEI DER CS?

Wie gross der Zahltag für die Abzockerbanker bei der Credit Suisse sein wird, war bei Redaktionsschluss von work noch ungewiss. Ihre Dreistigkeit hatte aber selbst in der Wirtschaftspresse Wellen geschlagen. Ob sich Glasenberg verspekuliert und weltweit Tausende von Jobs gestrichen hat. Nun weist der Konzern wieder einen Reingewinn von 1,4 Milliarden Dollar aus. Vor drei Jahren stand Glasenberg noch als ruchloser Steuer-

kassieren. Allen voran Verwaltungsratspräsident Urs Rohrer. Seit 2011 hat er ein Gesamtsalär von mehr als 25 Millionen Franken eingesackt. Die kritische Anlagengestiftung Ethos will an der Generalversammlung nun seinen Kopf fordern. Unter dem Druck einflussreicher US-Stimmrechtsberater musste die Grossbank ihre geplanten Superboni bereits kürzen. Statt 11,9 Millionen soll CS-Chef Tidjane Thiam jetzt «nur» 10,24 Millionen bekommen. Doch Ethos lehnt die Managerlöhne nach wie vor ab. Kommt es jetzt zum grossen Showdown an der GV?

Tatsache ist: Kaum je wird an einer GV das Abzockergehalt eines Chefs gekürzt. Da können empörte Kleinaktionäre noch so sehr den Kropf leeren. Allerdings wächst derzeit der Widerstand grosser US-Aktionäre und Fonds gegenüber goldenen Boni, insbesondere bei rückläufigen Gewinnen. Beim Elektrotechnikkonzern ABB stimmen gut vierzig Prozent der Aktionäre gegen den Vergütungsbericht. Und beim Industriekonzern Georg Fischer fiel dieser gar mit 55 Prozent Nein durch. Mit ein Grund: Die Schweizer Chefs sind die grössten Raffer in Europa. Das belegt eine Studie der Beratungsfirma Willis-Towers-Watson. Sie vergleicht die Toplöhne im Jahr 2015 in den hundert grössten europäischen Konzernen. Die zehn CEO aus der Schweiz liegen mit einem Schnitt von 8,7 Millionen Euro vor allen an-

deren. Daran hat auch die Minder-Initiative nichts geändert. Gewerkschaftsbunds-Chef ökonom Daniel Lampart hatte seinerzeit prophezeit, dass sich an den Lohnzessen nichts ändern werde. Und so ist es auch gekommen. Höchste Zeit also für einen neuen Anti-Abzocker-Anlauf. Dieser müsste das Verhältnis zu den Löhnen thematisieren (siehe Text links).

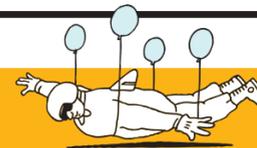


GOLDENES PICKNICK (v.l.): Lift-Patron und Porsche-Fahrer Alfred Schindler (liegend); Christoph Blocher und Tochter Magdalena Martullo mit Schloss Rhäzüns; Lafarge-Holcim-Grossaktionär und Ex-Swissair-Verwaltungsrat Thomas Schmidheiny mit Flug; die Roche-Erben André Hoffmann (mit Roche-Tower) und Puppenmuseum-Besitzerin Gigi Oeri (mit Babi); Klaus-Michael Kühne mit einem seiner Kühne-und-Nagel-Lastwagen; Rohstoffhändler Ivan Glasenberg mit dem Glencore-Aktienkurs und UBS-Chef Sergio Ermotti mit Surfbrett (im Pavillon). ILLUSTRATION: IGOR KRIVARIK

Finanz-Pharma-Food-Komplex: Die Grossabzocker

Vor sieben Jahren kassierte der damalige Chef der Credit Suisse, Brady Dougan, ein Salärpaket von über 90 Millionen Franken (20 Millionen Gehalt plus 70 Millionen Bonus). Diese Zeiten scheinen zwar vorbei. Doch noch immer sind exzessive Chef-löhne gang und gäbe. An der Rangfolge der Grossabzocker ändert sich auch diesen Frühling wenig. Die ersten fünf Plätze belegen: Sergio Ermotti (UBS, 14,6 Mio. Franken), Severin Schwan (Roche, 12,3 Mio. Franken), Joseph Jimenez (Novartis, 12 Mio. Franken), Tidjane Thiam (Credit Suisse, 10,24 Mio. Franken) und Paul Bulcke (Nestlé, 11,6 Mio. Franken). (rh)

deren. Daran hat auch die Minder-Initiative nichts geändert. Gewerkschaftsbunds-Chef ökonom Daniel Lampart hatte seinerzeit prophezeit, dass sich an den Lohnzessen nichts ändern werde. Und so ist es auch gekommen. Höchste Zeit also für einen neuen Anti-Abzocker-Anlauf. Dieser müsste das Verhältnis zu den Löhnen thematisieren (siehe Text links).



Emmanuelle Charpentier: Die Gentech-Schneiderin will reden

Mikrobiologin Emmanuelle Charpentier hat zusammen mit ihrem Team einen wissenschaftlichen Durchbruch geschafft: die Gentech-Schere. Und setzt damit eine Revolution in Gang, vor der sie sich selber etwas fürchtet.

Im französischen Wahlkampf berief sich die Chefin des Front national, Marine Le Pen, auf das christliche Abendland. Genau wie SVP-Politiker Oskar Freysinger im Wallis. Die Antwort des linken Herausforderers von Le Pen, Jean-Luc Mélenchon: «Lassen Sie uns endlich mit Ihrem religiösen Quatsch in Ruhe.»

Umso mehr, als fast niemand mehr weiss, wie der Gott der Machos, gemäss der Bibel, Adam aus Lehm formte, ihm das Leben einhauchte und aus seiner männlichen Rippe seine Eva schuf.

ESOTERIK AUF ÜBERHOLSPUR. Traditionelle Religionen haben auf den Märkten des Irrationalen und Tröstenden zurzeit etwas Mühe. Der Absatz des legalen, staatlich geförderten «Opiums des Volkes» kämpft mit Absatzschwierigkeiten. Esoterik in all ihren Spielformen ist auf der Überholspur. Besser wird es nicht.

Jetzt hat die Biologin Emmanuelle Charpentier mit ihrem Team einen wissenschaftlichen Durchbruch geschafft: die Gentech-Schere. Sie beschreibt die Funktionsweise ihrer «Crispr-Cas9»-Erfindung so: Sie «funktioniert wie ein GPS-System für DNA. Die Technik erlaubt es, die einzelnen Bausteine des Erbgutstranges zu finden, herauszuschneiden und durch andere zu ersetzen.»

Viele gehen davon aus, dass die erst 48jährige schon bald einmal den Nobelpreis erhalten wird, weil sie eine Revolution in Gang gesetzt hat, deren Verlauf und deren Folgen niemand abschätzen kann.

Charpentier sieht, wen erstaunt es, riesige brachliegende Potentiale.

Beispiel 1: Mit ihrer Genschere könne man Hefen und Bakterien absehbar so umbauen, dass sie effizient und umweltfreundlich Biotreibstoffe produzieren würden.

Beispiel 2: Medizinerinnen und Mediziner bekommen im Kampf gegen Erbkrankheiten ein Instrument, das gezielt und effizient eingesetzt werden kann.

Beispiel 3: Falls wir die Klimakatastrophe nicht aufhalten wollen, können wir wenigstens wichtige Nutzpflanzen gegen Wärme und Trockenheit wenig aufwendig resistenter machen.

INNOVATION UND STAAT. Vielleicht werden Forscherinnen und Forscher bald einmal auch dank Charpentier das menschliche Immunsystem so umprogrammieren, dass dieses Krebszellen angreift und nicht umgekehrt. Charpentier, die seit 2015 neu Direktorin im Max-Planck-Institut für Infektionsbiologie ist, möchte in den kommenden Jahren neue Antibiotika entwickeln, gegen die es keine Resistenzen gibt.

Weil alle die Gentech-Schere vor allen andern erfunden haben wollen und weil das wirtschaftliche Potential dieser Erfindung unendlich gross zu sein scheint, tobt weltweit der Kampf der Patente. Forscherin Charpentier ist fasziniert von ihrer Erfindung, und gleichzeitig hat sie etwas Angst vor der Zukunft: «Die Gentechnik soll Patienten heilen,

aber nicht den Menschen an sich verändern. Wir brauchen deshalb eine weltweite Ethikdebatte.»

Gerade weil die Gentech-Scherentechnik relativ einfach einzusetzen ist, drohen Gefahren. Falls es nicht zu einer weltweiten Regulierung des Anwendungsbereichs kommt.

Die bittere Erfahrung lehrt: Die Menschheit wird nur aus Erfahrungen klug. Das war schon beim Abholzen der Wälder so. Wir brauchen mehr Innovation und mehr Staat zugleich.



PETRISCHALE: Wenn die Mikrobiologin Emmanuelle Charpentier auf ihre Forschungsergebnisse schaut, sieht sie eine revolutionäre Gentech-Schere – und grossen Bedarf an einer Ethikdebatte. FOTO: MPI/HALLBAUER & FIORETTI

LINKS ZUM THEMA:

● goo.gl/cMV6Zn
Ein interessantes und aufschlussreiches Interview der deutschen TAZ mit der Nobelpreis-Kandidatin. Die Zeitung schliesst nicht aus, dass Madame Charpentier als Grundlagenforscherin Kohle macht. Ganz im Gegensatz zu anderen.

● goo.gl/juA08I
Interessante Infos zur Gentech-Schere aus der Sicht der Gentech-Befürworterinnen und -Befürworter.

● goo.gl/Pg1WUE
Eine TV-Dokumentation, die zum Nachdenken anregt. Jennifer Doudna, schon wieder eine Frau, wird den Nobelpreis absehbar zusammen mit Charpentier bekommen. Sie forscht im Silicon Valley.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERATE

ALLES IST BESSER GESCHÜTZT



ALS MENSCHEN AUF DER FLUCHT

Werde aktiv auf
amnesty.ch

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Einladung zur 67. Generalversammlung

Samstag, 20. Mai 2017, 18.00 Uhr
Kirchgemeindehaus Stettbach, Stettbachstrasse 58, 8051 Zürich

Traktanden

1. Appell
2. Wahl Stimmenzähler/-innen, Protokollprüfer/-innen und Protokollführer/-in
3. Protokollabnahme der Generalversammlung vom 28. Mai 2016
4. Jahresbericht
5. Jahresrechnung, Revisionsbericht, Beschlussfassung über die Verwendung des Betriebsüberschusses
6. Décharge-Erteilung an den Vorstand
7. Anträge
8. Diverses



«Dank der
Unterstützung
kommen wir
gerade so über
die Runden.»

**Ihre Spende hilft Menschen
aus Not und Armut**

Das Richtige tun

Jetzt per SMS helfen und 10 Franken spenden: «Caritas 10» an 227

CARITAS

Schweizerische Eidgenossenschaft

«Das Kapital» von Karl Marx wird 150

Und es stimmt halt doch

Die grundlegendste ökonomische Analyse des Kapitalismus feiert Geburtstag. Und stösst heute wieder auf breites Interesse.

RALPH HUG

Das dreibändige Hauptwerk des deutschen Philosophen und Ökonomen Karl Marx ist etwas für Hartgesottene. Ein monströser Brocken von 3000 Seiten. Doch die hat der Autor selbst nie in Händen halten können. Zu seinen Lebzeiten (1818–1883) erschien

Kapital will erarbeitet sein. Also das Buch.

nur gerade der erste Band. Die beiden anderen publizierte sein Kollege Friedrich Engels erst nach Marxs Tod. Zum Bestseller wurde die Analyse des Kapitalismus noch später, nämlich im 20. Jahrhundert. Und zwar in der Form der berühmten «blauen Bände» MEW (Marx Engels Werke). Es handelt sich dabei um 43 Bände (in 48 Büchern), die von 1956 bis 1990 vom Institut für Marxismus-Leninismus im Dietz-Verlag in Berlin herausgegeben wurden. Also in der ehemaligen DDR. Für die 68er Linken waren die blauen Bände ein Must fürs Büchergestell.

UNGEHEURE WARENSAMMLUNG

Marx war ein glänzender Schreiber. Doch das «Kapital» will erarbeitet sein. Ganz Ökonom, schrieb er im ersten Kapitel zum Beispiel Sätze wie diesen: «Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ungeheure Warensammlung, die einzelne Ware als seine Elementarform. Unsere Untersuchung beginnt daher mit der Analyse der Ware.» Auf den nächsten Seiten folgen viele weitere theoretische Begrifflichkeiten, die sich nicht automatisch erschliessen – vom «Mehrwert» über die «Profiteure» bis zum «Surplusprofit». Und doch verbreitete sich das «Kapital» auf der ganzen Welt. Die



CHARLY COOL: Die Marx-Skulptur des Künstlers Ottmar Hörl gibt's für 350 Euro oder 700 Euro (signiert) in fünf Farben. Rot donnert so, wie Marxs Kapital nachhallt.

FOTO: DPA / MEYSTONE

kommunistischen Revolutionen im 20. Jahrhundert sorgten dafür. Denn Marx erklärt, wie der Kapitalismus funktioniert: dass er auf der Ausbeutung der Arbeitskraft beruht. Dass er ständig Kapital akkumulieren muss und nie stillstehen darf. Und dass er sich damit dereinst selber ins Grab bringen wird.

DIE GROSSE FINANZKRISE

Als der erste Band in Hamburg erscheint, gibt es in den Industrieländern bereits ein verarmtes Proletariat. Und auf der anderen Seite die reichen Eigentümer von Produktionsmitteln, also von Fabriken, Maschinen, Werkzeugen usw. Marx beobachtete, wie Kapitalisten untergingen, wenn sie nicht ständig ihre Konkurrenten besiegten. Und er erkannte, dass dieser Prozess unweigerlich zur Konzentration und zu Grosskonzernen führt. Ein Prozess, der letztlich den Wettbewerb eliminiert.

Bürgerliche Ökonomen ignorierten Marxs Erkenntnisse weitgehend. Seine Philosophie, wonach der Kapitalismus untergehen werde, lehnten

sie ab. Was unterging, war dann auch nicht der Kapitalismus, sondern der Realsozialismus mit seiner Planwirtschaft. Damit schien auch das «Kapital» erledigt. Doch seit der grossen Finanzkrise von 2008 lebt Marx wieder auf. Denn beinahe wäre das globale Bankensystem im Strudel der Spekulation untergegangen. Und so fragt sich selbst der ökonomische Mainstream bis heute: War nicht doch etwas dran an der Theorie von Marx?

Dass der deutsche Denker teilweise falschlag, ist nicht verwunderlich. Im Rückblick ist man immer schlauer als in der Vorherausschau. Die Massenverelendung der Proletarier ist so nicht eingetroffen. Oder noch nicht? Und ob die «Profiteure» tendenziell fällt, ist selbst unter Marxisten umstritten. Doch das schmälert Marxs ökonomisch grundlegendes und brillantes Erklärstück zur kapitalistischen Ökonomie in keiner Weise.

Wer die Lektüre durchhält, darf sich darauf etwas einbilden. Immerhin geht es inzwischen einfacher. «Das Kapital» gibt es auch als Comic (siehe Box). Und auf japanisch und englisch auch als Manga.

Marx als Comic

Zum «Kapital» von Marx gibt es neue Einführungsliteratur. Damit können wir uns den Stress im schwerverdaulichen Original ersparen. So erklärt Joachim Bischoff in seiner Schrift «Vom Kapital lernen» auf 170 Seiten, wie es mit Marxs Aktualität steht. Elmar Altwater braucht in «Marx neu entdecken» nur 140 Seiten, um den Philosophen mit der heutigen globalen Krise zu aktualisieren. Jari Banas hat «Das Kapital» als Comic für Einsteigerinnen und Einsteiger gezeichnet (160 Seiten). Weshalb jede Ökonomie politisch ist, erklärt Michael R. Krätke in seinem Büchlein «Kritik der politischen Ökonomie heute» (192 Seiten). Alle diese Bücher sind soeben im linken Verlag VSA, Hamburg, erschienen. (rh)

work 1 x 1 der wirtschaft

Daniel Lampart



SNB-JORDAN KOSTET UNS 3500 FRANKEN PRO KOPF UND JAHR

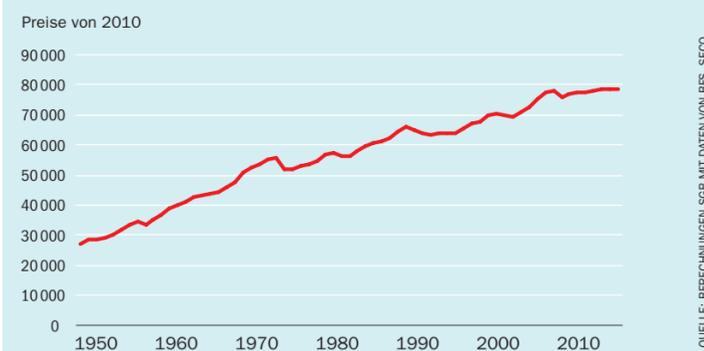
Die Schweizer Wirtschaft wurde durch die Finanzkrise und die Frankenüberbewertung stärker getroffen, als viele wahrhaben wollen. Die acht Jahre Finanzkrise zwischen 2008 und 2016 sind wirtschaftlich betrachtet die längste Stagnationsphase seit Messbeginn im Jahr 1950. Das zeigt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts pro Einwohner und Einwohner, das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt.

SCHWEIZ HÄNGT. Das BIP bezieht die Wertschöpfung aller im Land hergestellten Güter und erbrachten Dienstleistungen. Das Pro-Kopf-BIP ist in diesen Jahren kumuliert um nur rund 0,5 Prozent gestiegen. Auch im Jahr 2016 stand einem Bevölkerungswachstum von 1,1 Prozent nur ein bescheidenes BIP-Wachstum von 1,3 Prozent gegenüber. Dass es auch anders geht, zeigt die Wirtschaftsentwicklung in Ländern, die nicht von einer überbewerteten Währung gebremst wurden. Am besten ist ein Ver-

gleich mit Deutschland. Denn die deutsche Wirtschaft hat eine ähnliche Struktur wie die schweizerische. In normalen Zeiten ohne Frankenüberbewertung wächst das Pro-Kopf-BIP der Schweiz und Deutschlands weitgehend im Gleichschritt. Doch seit 2010, dem Anfang der Frankenüberbewertung, hat sich eine markante Schere geöffnet. Während das Schweizer BIP pro Kopf bis 2016 nahezu stagniert hat, ist die deutsche Wirtschaft – ebenfalls pro Kopf – um 5 Prozent gewachsen. Das stärkere gesamtwirtschaftliche Einkommenswachstum in Deutschland schlägt sich mittlerweile auch in den Reallöhnen nieder. Die deutschen Reallöhne sind seit 2014 jährlich um rund 1 Prozentpunkt stärker gestiegen als die schweizerischen.

30 MILLIARDEN IM JAHR. Damit soll die wirtschaftliche Lage Deutschlands nicht schöngeredet werden. Das Land hat nach wie vor viel mehr prekäre Jobs. Die Lohnschere – insbesondere

Reales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Schweiz



der Rückstand der tiefen Einkommen – ist ausgeprägter als in der Schweiz. Doch der Vergleich zeigt, wie sich die Schweizer Wirtschaft ohne die Frankenüberbewertung hätte entwickeln können. Die Frankenüberbewertung hat für die Schweiz einen hohen realwirtschaftlichen Preis. Diesen kann man grob schätzen – aus der Wachs-

tumsdifferenz zwischen der Schweiz und Deutschland. Ohne Frankenüberbewertung wäre das Schweizer BIP so geschätzt rund 30 Milliarden Franken pro Jahr höher. Das macht rund 3500 Franken pro Kopf und Jahr.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

Ausstellung in Zürich Knetfiguren machen Revolution

Wer am 1.-Mai-Fest in Zürich einen Kulturabstecher machen will, geht ins Zeughausareal. Dort haben Silke Treusch und Florian Aicher eine alternative Fotoschau zum Thema «Oktoberrevolution 1917» zusammengestellt. Die Schau führt anhand von Fotocollagen mit Knetfiguren durch die historischen Umwälzungen in Russland, die zum Sturz des Zaren und zur Errichtung des ersten sozialistischen Staates führten. Die pädagogisch inspirierte Schau schlägt den Bogen zur Gegenwart und appelliert an revolutionäre Potential für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung.

Zeughausareal, Kanonengasse, Zürich, 29. April bis und mit 1. Mai.

Dokumente aus den Anfängen Wie die AHV entstand

Der 6. Juli 1947 war ein Freudentag für alle Älteren in der Schweiz. Achtzig Prozent der Stimmenden nahmen das neue AHV-Gesetz an. Ein jahrzehntelanges Tauziehen um eine staatliche Altersvorsorge



FOTO: SCHWEIZ. SOZIALARCHIV

war beendet. Anfang 1948 klopfen die Briefträger an die Tür und zahlen die ersten AHV-Renten aus. Aus dieser Zeit existiert eine Fülle von Quellen und Dokumenten. Sie zeigen, wie unser wichtigstes Sozialwerk entstand. Das Sozialarchiv in Zürich hat diese Materialien aufbewahrt und gepflegt. Jetzt werden sie am 3. Mai an einer einstündigen Präsentation hervorgeholt und allen Interessierten gezeigt.

70 Jahre AHV, Mittwoch, 3. Mai, 18–19 Uhr. Teilnahme für alle offen und kostenlos, Anmeldung nicht nötig. Schweizerisches Sozialarchiv, Stadelhoferstrasse 12, Zürich.

Differenziertes Eritrea-Buch

Autonomie und Diktatur

30 000 Flüchtlinge aus Eritrea leben in der Schweiz. Doch nur wenig ist über diesen jungen Staat am Horn von Afrika bekannt. Einer der besten Kenner ist der Basler Jurist Hans-Ulrich Stauffer. Er hat jetzt ein Buch geschrieben, das einen Beitrag zum besseren Verständnis von Eritrea leisten will. Stauffer hat dieses Land vor und nach seiner Unabhängigkeit im Jahr 1987 begleitet. Er zeichnet ein differenziertes Bild der Diktatur, die er in einem starken Autonomie-willen verankert sieht. Der Autor setzt damit Gegenakzente zum herrschenden Negativbild. Zudem plädiert er für Entwicklungsprogramme, um die wirtschaftliche Perspektivlosigkeit zu bekämpfen. Darin sieht Stauffer die Hauptursache für die Migration.

Hans-Ulrich Stauffer: **Eritrea – der zweite Blick,** 280 Seiten, Rotpunktverlag Zürich, Fr. 32.–.



Timur Öztürk von der Unia-Arbeitslosenkasse beantwortet Fragen zur Arbeitslosigkeit.

Krank geschrieben und arbeitslos: Wer bezahlt?

Ich bin seit längerem zu 100 Prozent arbeitsunfähig und bekomme Geld von der Krankentaggeldversicherung. Per Ende März habe ich meine Stelle verloren und habe mich deshalb am 1. April 2017 beim Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) arbeitslos gemeldet. Gleichzeitig habe ich mich bei der IV angemeldet. Die Krankentaggeldversicherung hat mir nun mitgeteilt, dass sie mir nichts mehr bezahlen werde. Ich würde jetzt Taggelder von der Arbeitslosenversicherung erhalten, bis die IV über meine Situation entschieden habe. Stimmt das?

TIMUR ÖZTÜRK: Nein, das stimmt so nicht. Zwar besteht in der Tat eine sogenannte Vorleistungspflicht der Arbeitslosenversicherung gegenüber der IV. Das heisst, die Arbeitslosenkasse bezahlt, bis die IV entschieden hat, ob und wie viel Geld sie von ihr erhalten. Die Taggeldversicherung darf ihre Zahlungen aber nicht einfach mit dieser Begründung beenden. Das könnte sie nur dann, wenn Sie bei einem Berufs- oder Stellenwechsel voll arbeitsfähig wären, und das ist bei Ihnen nicht der Fall. Die Taggeldversicherung kann von Ihnen zwar einen Stellenwechsel verlangen. Das gilt vor allem dann, wenn ein Wechsel aus medizinisch-theoretischer Hinsicht sinnvoll ist, zum Beispiel, weil Sie Ihren eigentlichen Beruf aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ausüben können. Sowie so darf die Versicherung die Taggelderleistungen nicht sofort einstellen, sondern muss Ihnen eine Anpassungsfrist von drei bis fünf Monaten gewähren. Diese Zeitperiode beginnt erst dann, wenn die Versicherung Sie darüber informiert hat, dass Sie sich beruflich neu orientieren müssten. Während dieser Anpassungsfrist erhalten Sie weiterhin das volle Taggeld.



KRÜCKEN: Die Versicherung darf das Taggeld nicht einfach streichen.

übungen können. Sowie so darf die Versicherung die Taggelderleistungen nicht sofort einstellen, sondern muss Ihnen eine Anpassungsfrist von drei bis fünf Monaten gewähren. Diese Zeitperiode beginnt erst dann, wenn die Versicherung Sie darüber informiert hat, dass Sie sich beruflich neu orientieren müssten. Während dieser Anpassungsfrist erhalten Sie weiterhin das volle Taggeld.

Nach Operation: Zahlt die Arbeitslosenkasse Taggelder?

Ich beziehe seit 4 Monaten Arbeitslosengeld. Schon länger habe ich gesundheitliche Probleme. Meine Ärztin hat mir nun mitgeteilt, dass ich mich deswegen in drei Monaten operieren lassen müsse. Nach der Operation wäre ich etwa 6 Wochen lang zu 100 Prozent arbeitsunfähig. Danach sollte ich für ein oder zwei Wochen teilweise arbeitsfähig sein und schliesslich wieder voll arbeitsfähig. Ich habe keine private Taggeldversicherung. Bekomme ich in dieser Zeit also Geld von der Arbeitslosenversicherung?

TIMUR ÖZTÜRK: Nur eingeschränkt. Die Arbeitslosenversicherung bezahlt bei einer vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit nur während 30 Kalendertagen das volle Taggeld. Ab dem 31. Tag erfolgt dann keine Auszahlung mehr, bis Ihre Ärztin Sie wieder mindestens 20 Prozent arbeitsfähig schreibt. Das Arbeitslosengeld bekommen Sie lediglich im Ausmass der entsprechenden Arbeitsfähigkeit bezahlt, beispielsweise erhalten Sie bei 50 Prozent Arbeitsfähigkeit auch nur 50 Prozent der Arbeitslosenentschädigung. Sobald Sie wieder voll arbeitsfähig sind, steht Ihnen wieder das volle Taggeld zu.

Runder Tisch einigt sich auf bessere finanzielle Entschädigungen

Unbürokratischer Fonds für

Aktuell bekommen nicht alle Asbestkranken gleich viel Geld. Ein neuer Fonds ändert das.

SINA BÜHLER

Asbest ist schon seit dem Jahr 1990 verboten. Doch nach wie vor erkranken jedes Jahr in der Schweiz etwa 120 Personen schwer an den Folgen eines Kontakts mit dem Baustoff. Das ist das Heimtückische an diesem hochgefährlichen Material: Seine Auswirkungen auf die Gesundheit treten erst zwanzig bis vierzig Jahre nach dem Kontakt ein. Eingeatmete Asbestfasern sind verantwortlich für Krankheiten wie Asbestose, Brustfellkrebs (Mesotheliom), Lungen- und Kehlkopfkrebs.

GEFÄHRLICHE WUNDERFASER

Die meisten der Erkrankten arbeiteten ab den 1960er Jahren auf Baustellen, im Gewerbe oder in der Industrie. Damals wurde Asbest grosszügig eingesetzt. Die «Wunderfaser» war billig, leicht und stark, beständig gegen Säure und Feuer. Sie isolierte gegen Kälte, Wärme, Nässe und Lärm. Doch dass schon der kleinste Kontakt mit ihr gefährlich war, wurde erst Jahre später zugegeben. Heute sind die Folgen von Asbest bei der Suva als Berufskrankheit anerkannt und werden entsprechend entschädigt.

Doch fast ein Viertel jener, die jährlich schwer krank werden, haben gar nie mit Asbest gearbeitet. Es handelt sich beispielsweise um Ehefrauen, die sich über die

Asbest galt als billige «Wunderfaser» – und sie tötet noch heute.

verstaubte Arbeitskleidung ihrer Männer angesteckt haben. Oder auch um Kinder, die in der Nähe einer asbestverarbeitenden Fabrik gespielt, um Menschen, die in asbestverseuchten Häusern gelebt haben.

Das grosse Problem: Während jene, die wegen der Arbeit mit Asbest krank werden, Taggelder aus der Unfallversicherung Suva bekommen, haben Angehörige oder zufällig Erkrankte nur Anspruch auf Leistungen aus der obligatorischen Krankenversicherung

und der Invalidenversicherung. Und diese sind um einiges tiefer als die Entschädigungen der Suva.

FINANZIELLE HILFE

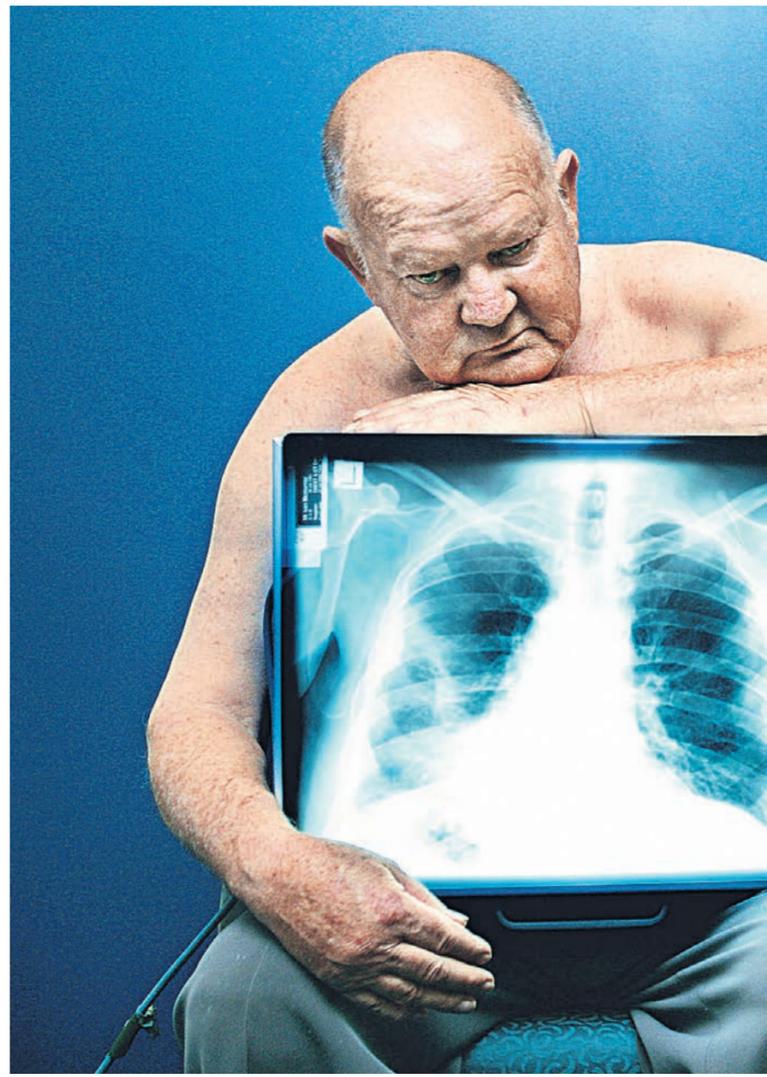
Ab Mitte Jahr soll diese Ungleichbehandlung ein Ende haben. Ab dann gibt es nämlich den Entschädigungsfonds für alle Asbestopfer. Der «Runde Tisch Asbest», an dem neben den Gewerkschaften und der Wirtschaft auch die Vereine der Asbestopfer und die Behörden diskutierten, hat Ende 2016 beschlossen, eine Stiftung und einen dazugehörigen Entschädigungsfonds für Asbestopfer (EFA) zu gründen. Unter der Leitung von alt Bundesrat Moritz Leuenberger hat sich der Runde Tisch darauf geeinigt, wer Anspruch auf Unterstützung habe und wie diese im Einzelfall aussehen solle.

Grundsätzlich wird neu die Regel gelten: Wer an einem bösartigen Tumor im Bauch- und Brustfellbereich (Mesotheliom) leidet, bekommt finanzielle Unterstützung. Ganz unabhängig davon, ob es sich um eine Berufskrankheit handelt oder nicht.

Die einzige zusätzliche Bedingung ist, dass die Ansteckung in der Schweiz erfolgt sein muss.

Die weiteren Eckwerte:

- Sobald ein solches Mesotheliom ausbricht, haben die Betroffenen grundsätzlich Anspruch auf eine Entschädigung.
- Wer beruflich in Kontakt mit Asbest gekommen ist und ein Mesotheliom hat, bekommt weiterhin eine Entschädigung aus der Unfallversicherung. Zusätzlich soll er oder sie eine einmalige Abfindung erhalten. Das Geld dafür kommt rückwirkend auf zehn Jahre aus dem neuen Asbestfonds. Ab dem 1. Januar 2017 übernimmt die Suva in Form einer höheren «Integritätsentschädigung», einer Art Schadenersatz für Gesundheitsschäden.
- Wer ein Mesotheliom hat, das nicht als Berufskrankheit anerkannt ist, soll eine pauschale Entschädigung aus dem Fonds erhalten. Diese berechnet sich gleich



ZERSTÖRT: Ivan McMurray zeigt ein Röntgenbild, auf dem man sieht, was Asbeststaub in

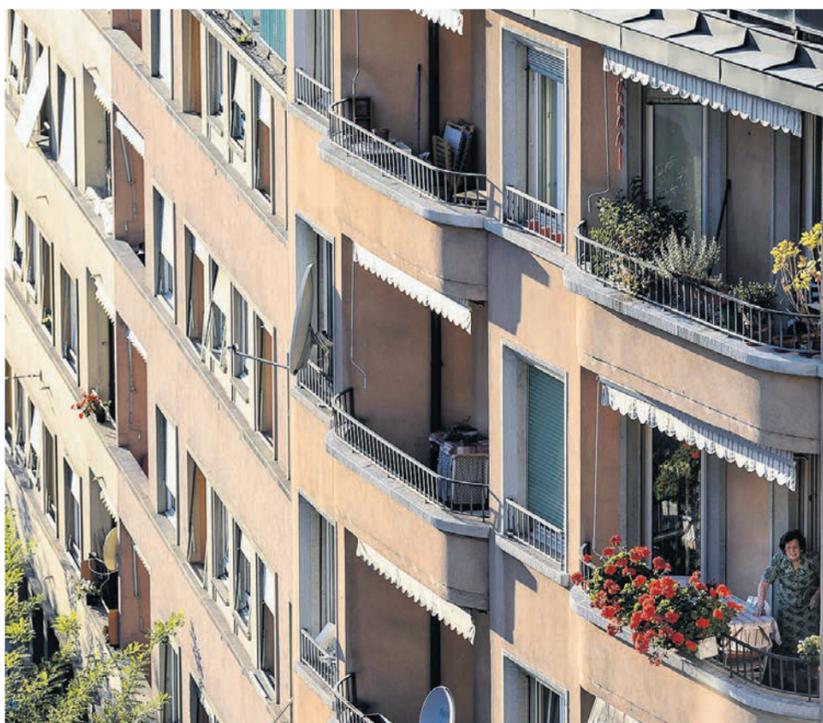
wie der Lohnersatz, den die Suva bezahlt (80 Prozent des Einkommens vor Ausbruch der Krankheit).

- Wer nicht über den Beruf wegen Asbest krank geworden ist, bekommt aus dem Fonds eine pauschale Abfindung (Schmerzensgeld). Diese orientiert sich an der Suva-Integritätsentschädigung.
- Sterben die Erkrankten, bevor sie das Geld beziehen konnten, geht die Entschädigung an die Familienangehörigen: also an Kinder, Ehepartnerinnen, eingetragene Partner, Partnerinnen und Partner, mit denen die Verstorbenen mindestens 5 Jahre zusammenlebten.

Die Entschädigungen aus dem Fonds erhält nur, wer ein Mesotheliom hat. Der Grund: Andere Erkrankungen, die auf Asbest zurückgehen, sind ohne einen beruflichen Kontakt mit dem Material kaum möglich. Es gibt allerdings eine Härtefallregel, falls wider Erwarten solche Fälle auftauchen sollten.

FONDS ODER PROZESS?

Wer Gelder aus dem Fonds beziehen will, muss schriftlich darauf verzichten, auf juristischem Weg zusätzliche Forderungen zu stellen. Vasco Pedrina, der ehemalige Co-Präsident der Unia, war die drei



BÄUMIG: Wer sich für eine tiefere Miete wehrt, hat mehr Geld im Portemonnaie. Zum Beispiel für Blumen, einen Grill oder auch ein Wachstischtuch. FOTO: KEYSTONE

Diesen Juni ist es wieder so weit: So kommen Sie zu

Je tiefer der Hypozins, desto tiefer die Mieten. Allerdings nur, wenn Mieterinnen und Mieter sich dafür wehren.

SINA BÜHLER

Seit fast 10 Jahren fällt der hypothekarische Referenzzins, der Grundlage ist für die Berechnung der Mieten, von Allzeittief auf Allzeittief. Und der Sinkflug geht weiter.

2009 lag der Referenzzins bei 3,5 Prozent, heute bei 1,75 Prozent. Und ab nächstem Juni soll er nur noch 1,5 Prozent betragen. Ab dem 1. Juni können Sie das beim Bundesamt für Wohnungswesen (BWO) nachschauen: www.bwo.admin.ch.

DIE MIETE.

Um die Zahlen zu verstehen, und vor allem, um

sie für sich nutzen zu können, müssen Sie keine Finanzspezialistin sein. Es reicht, dass Sie wissen, was der tiefe Zins für Sie als Mieterinnen und Mieter bedeutet. Alle drei Monate überprüft das Bundesamt nämlich den Durchschnittszins der Schweizer Hypotheken und legt dann den Referenzzins fest. In den meisten Fällen hat das Auswirkungen auf Ihre Wohnungsmiete. Ob das auch für Sie gilt, können Sie auf Ihrem Mietvertrag nachschauen. Ist der dort festgehaltene Zinssatz höher als jener, der aktuell gilt, haben Sie im Normalfall das Recht auf eine Mietzinssenkung. Denn: Sinkt der Referenzzins, muss auch die Miete sinken.

Doch das System hat einen Haken: Die wenigsten Hausbesitzer und Verwaltungen geben

alle Asbestopfer



NEUER CARE-SERVICE

PILOTPROJEKT

Der runde Tisch hat sich nicht nur auf die Einführung des neuen Entschädigungsfonds geeinigt. Er will auch einen Care-Service einrichten. Dieses Beratungsangebot soll für alle Betroffenen und ihre Angehörigen einfach erreichbar und kostenlos sein. Es richtet sich auch an jene Menschen, bei denen die Krankheit nicht ausgebrochen ist, die dies aber befürchten.

Die Stiftung EFA (siehe Text links) entwickelt zusammen mit der Non-Profit-Organisation Lunge Zürich ein entsprechendes Pilotprojekt: Vor allem wer an Brustfellkrebs erkrankt und deswegen eine sehr kurze weitere Lebenserwartung hat, braucht rasch professionelle Beratung und Unterstützung.

VORBILD. Der Care-Service steht Betroffenen für Auskünfte zur Verfügung, beispielsweise, welche Schritte sie unternehmen sollen, um Entschädigungen aus dem Fonds zu erhalten. Wenn nötig, wird er auch Rechtsberatungen vermitteln. In der Deutschschweiz soll die Beratungsstelle gleichzeitig mit dem Fonds starten, das heisst Mitte Jahr; in der Romandie und dem Tessin laufen die Gespräche. Als Vorbild dient ein Beispiel aus Österreich, wo es einen ähnlichen Service seit 2004 gibt. In den ersten zehn Jahren hat dieser schon mehr als 100 000 psychologische und rechtliche Beratungen durchgeführt. (sib)

WORKTIPP

VIELE FÄLLE IN UNIA-BRANCHEN

Bis heute hat Asbest über 1800 Menschen das Leben gekostet, alleine in der Schweiz. Ein grosser Teil dieser Todesfälle sind Arbeiterinnen und Arbeiter, die in den Unia-Branchen tätig waren: im Schreiner- und Elektrogewerbe zum Beispiel, im Bauhauptgewerbe und im Apparate- und Maschinenbau. Die Unia beschäftigt sich auch deshalb seit vielen Jahren mit diesem Problem und hat am runden Tisch, der den neuen Entschädigungsfonds beschlossen hat, mitdiskutiert. Mehr zum Thema auf www.unia.ch/asbest.

bende gewerkschaftliche Kraft hinter dieser Lösung. Er erklärt: «Der Fonds bietet eine rasche und grosszügige Entschädigung an. Die Er-

Erkrankte haben zwei Jahre Zeit, ihre Ansprüche zu melden.

krankten haben weiterhin die Wahl, ob sie direkt aus dem Fonds entschädigt werden wollen oder ob sie vor Gericht gehen.» Jedoch sind Prozesse teuer und der Ausgang ungewiss. Pedrina ergänzt: «Wer einen Prozess anstrebt, muss mit langjährigen Verfahren rech-

nen.» Diese Zeit haben viele Mesotheliomkranke nicht. Sobald die Diagnose gestellt ist, liegt die Lebenserwartung meistens nicht über zwei Jahren.

Wichtig ist: Sobald die Eckwerte in Kraft treten, haben bereits Erkrankte zwei Jahre Zeit, um ihre Ansprüche anzumelden. Danach erlischt ihre Berechtigung. Noch ist nicht klar, an wen Betroffene ihre Gesuche richten können. work bleibt dran.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



REGENBOGEN: Ob Tinte oder Toner – Farbe für Drucker geht ins Geld. FOTO: ISTOCK

Multifunktionsdrucker: Das passende Gerät

Einzelnen brauchen Scanner, Drucker und Kopiergerät viel Platz. Praktischer ist deshalb ein Multifunktionsgerät: Es ist kompakt und kann alles. Mit den folgenden Fragen finden Sie das passende Gerät:

Laser oder Tinte? Tintenstrahldrucker sind oft deutlich günstiger als Laserdrucker. Es gibt Modelle für unter 100 Franken. Nachteil:

Tintenpatronen muss man häufiger wechseln als den Toner eines Lasermodells. Klären Sie deshalb unbedingt vor dem Kauf ab, wie teuer Ersatzpatronen sind. Je nach Modell ist ein Laserdrucker auf lange Sicht günstiger. Ein weiterer Nachteil der Tinte: Drückt man selten, kann sie eintrocknen.

Druckqualität? Lasermodelle drucken Text meist schärfer als Tintenstrahldrucker. Für Farbfotos sind hingegen Tintenmodelle oft deutlich besser, sofern man auf Fotopapier druckt. Achten Sie auf getrennte Farbpatronen. Liegen mehrere Farben in einer Patrone, müssen Sie die gesamte Patrone auswechseln, auch wenn nur eine Farbe aufgebraucht ist.

Ohne Computer? Mit den meisten Multifunktionsgeräten können Sie kopieren, ohne den PC einzuschalten. Praktisch ist's, wenn Sie auch Fotos einer Kamera ohne Umweg über den Computer ausdrucken können.

Welcher Scanner? Sogenannte Flachbettscanner sind praktischer als ein Gerät mit Papiereinzug. Denn sie können auch Bücher oder Zeitschriften scannen.

Doppelseitig? Das geht, wenn das Gerät «Duplex» kann.

Passen die Anschlüsse? Falls mehrere Computer auf das Gerät zugreifen, sollte ein Netzwerkanschluss vorhanden sein. MARC MAIR-NOACK

Je nach Modell ist ein Laserdrucker auf lange Sicht günstiger.

einer niedrigeren Miete

diese Zinssenkung einfach so weiter. Sie warten, bis sie darum gebeten werden. Deshalb sollten Mieterinnen und Mieter unbedingt selber aktiv werden

DAS VORGEHEN. Mit dem Mietzinsrechner auf der Website des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbands (MV) können Sie Ihren Anspruch berechnen: www.mieterverband.ch. Halten Sie dazu Ihren aktuellen Mietvertrag bereit, in dem der

Vermieter geben den tieferen Zins selten «einfach so» weiter.

Zinssatz bei Vertragsabschluss und die damalige Teuerung vermerkt sind. Falls es seit dem Einzug in die Wohnung noch

nie eine Veränderung des Mietzinses gegeben hat, gilt der damals ausgestellte Vertrag. Ansonsten ist es ein amtliches Formular mit dem neuen Zins.

- Ab dem 1. Juni, also dem Datum, an dem der neue Zinssatz festgelegt wird, haben Sie genau 30 Tage Zeit, um eine Senkung zu verlangen. Nutzen Sie dazu den Musterbrief des Mieterverbandes: goo.gl/dz1CAz.
- Schicken Sie den Brief eingeschrieben und vor dem 30. Juni an Ihre Vermieterin oder die Verwaltung. Jetzt müssen Sie maximal 30 Tage auf Antwort warten.
- Entspricht die Senkung nicht dem, worauf Sie Anspruch hätten, oder wollen Ihnen die Hausbesitzerinnen keine Mietanpassung zugestehen, sollten Sie sich (innert 30 Tagen ab Erhalt des Bescheids) an die Schlichtungs-

behörde Ihrer Gemeinde wenden. Reichen Sie eine sogenannte Senkungsklage ein. Viele der vorgebrachten Ausreden, weshalb eine Senkung nicht möglich sei, sind rechtlich haltlos. Eine Klage hat also gute Chancen.

- Reagiert Ihr Vermieter, Ihre Vermieterin gar nicht, sollten Sie 60 Tage nach Versand Ihres eingeschriebenen Briefes ebenfalls eine Senkungsklage bei der Schlichtungsbehörde einreichen.

Vermutlich wird der Referenzzins für Mieten bald wieder steigen. Umso mehr sollten Sie jetzt die Senkung verlangen. Die Wahrscheinlichkeit ist nämlich gross, dass Verwaltungen von sich aus reagieren, also die Mieten erhöhen, wenn der Zins wieder steigt.

behörde Ihrer Gemeinde wenden. Reichen Sie eine sogenannte Senkungsklage ein. Viele der vorgebrachten Ausreden, weshalb eine Senkung nicht möglich sei, sind rechtlich haltlos. Eine Klage hat also gute Chancen.

- Reagiert Ihr Vermieter, Ihre Vermieterin gar nicht, sollten Sie 60 Tage nach Versand Ihres eingeschriebenen Briefes ebenfalls eine Senkungsklage bei der Schlichtungsbehörde einreichen.

Vermutlich wird der Referenzzins für Mieten bald wieder steigen. Umso mehr sollten Sie jetzt die Senkung verlangen. Die Wahrscheinlichkeit ist nämlich gross, dass Verwaltungen von sich aus reagieren, also die Mieten erhöhen, wenn der Zins wieder steigt.

MIETERVERBAND

BERATUNGSSTELLE

Falls Sie Probleme haben, eine Mietzinsreduktion durchzusetzen, können Sie sich vom Schweizer Mieterinnen- und Mieterverband beraten lassen. Das ist für alle Mitglieder gratis und auch für jene, die Mitglied werden. Der Jahresbeitrag kostet je nach Sektion zwischen 70 und 100 Franken. Die Adressen Ihrer nächsten Beratungsstelle finden Sie auf www.mieterverband.ch.

Rechtsschutz, Streikgeld, Weiterbildung und eine Zeitung Die Unia lohnt sich

Für eine Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft gibt es viele gute Gründe.

Gewerkschaftsmitglied zu sein ist ein solidarischer Akt. Gesamtarbeitsverträge, gerechte Arbeitsbedingungen, anständige Löhne – all das ist nur gemeinsam zu erreichen. Wer Mitglied bei der Unia wird, gewinnt aber auch ganz persönlich:

- **Rechtsberatung:** Bei Problemen am Arbeitsplatz wenden Sie sich am besten an Ihr Unia-Sekretariat. Für Mitglieder ist die Beratung gratis. Wird es komplizierter, kommt ein ganzes Team von Juristinnen und Juristen zum Einsatz, das für Sie auch vor Gericht geht.

- **Weiterbildung:** Kurse bei Movendo, dem Bildungsinstitut der Gewerkschaften, sind für Sie kostenlos, genauso wie spezielle Unia-Angebote. Und jedes Jahr haben Sie Anrecht auf einen finanziellen Beitrag an eine Weiterbildung.

- **Streikgeld:** Wenn Sie Ihre Rechte als Arbeitnehmerin nur noch mit einem Streik verteidigen können, bekommen Sie von der Unia eine Entschädigung für Ihren Lohnausfall während des Streiks.

- **Partnerfirmen:** Sie erhalten Vergünstigungen, zum Beispiel bei der Reka.

- **Lesestoff:** Sie bekommen ein work-Abo. Die grösste Schweizer Gewerkschaftszeitung liefert alle 14 Tage Informationen aus Arbeit und Politik. (sib)

WORKLESERFOTO



WORKFRAGE VOM 13. 4. 2017

Lohnungleichheit subito: Was halten Sie von der Idee einer Initiative?

NUR REINSCHREIBEN BRINGT NICHTS
Ich finde es gut und richtig, dass sich endlich jemand mit Vollgas um die Umsetzung der Lohnungleichheit kümmert. Aber einige Fragen sind bei mir in dieser Sache doch noch offen. Vor allem, wie eine solche Initiative die Lohnungleichheit konkret umsetzen will. Einfach nur den Grundsatz in die Verfassung schreiben bringt nichts. Das wissen wir seit über drei Jahrzehnten. Deshalb hoffe ich einfach fest, dass nach den schönen Worten bald auch sehr handfeste Taten folgen.

ELISA BURKI, BASEL

BUNDESBERN BEINE MACHEN

Eigentlich ist es traurig, dass es eine solche Subito-Initiative überhaupt braucht. Denn die Grundlagen für die Lohnungleichheit von Mann und Frau gibt es ja eigentlich schon, sie stehen in der Verfassung. Ausserdem gebietet der gesunde Menschenverstand, dass Arbeit nicht weniger wert ist, wenn sie von einer Frau verrichtet wird. Aktuell gibt es ja auch eine Lohnungleichkeitsvorlage im Parlament. Die Subito-Initiative kommt möglicherweise genau richtig, um den Politikerinnen und Politikern für dieses Geschäft etwas Beine zu machen.

LIVIA AMBÜHL, VIA MAIL

Doppelt gese(e)hen

WANN 1. April 2017
WO Greifensee
WAS Der Greifensee vor Sonnenaufgang
Eingesandt von Manuela Filliger, Fällanden ZH

Gewinnen Sie 100 Franken!

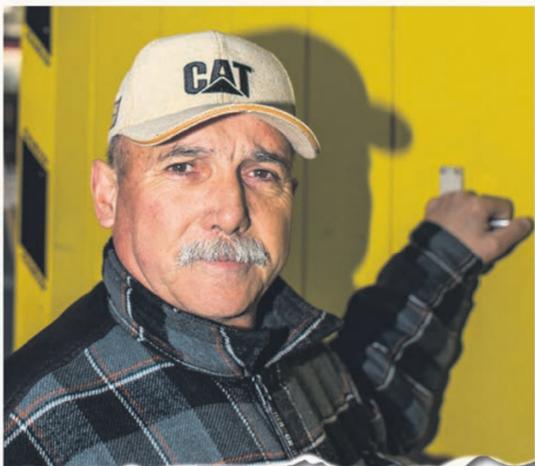
Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, **Betreff** «Leserfoto»

WORKPOST

Genfer Walo-Büezer wollen fairen Sozialplan
«Monsieur Walo soll endlich kommen!»

Rund 30 Baubüezer der Genfer Filiale der Walo Bertschinger AG haben die Arbeit niedergelegt, um gegen ihre Entlassung zu protestieren. work war dabei.

«So schnell geben wir nicht auf!»
WALO-BÜEZER
10 Uhr morgens an der Rue Caroline im Genfer Quartier L'Acacias, ein eisiger Wind legt durch die Quartierstrasse. Zwei Beizentische stehen vor einem Bauwagen, in einer Pfanne dampft Tee. Flyer und Protestschreiben liegen auf. An die 30 Büezer sind da. Italiener, Portugiesen, Schweizer, Franzosen, Senegalesen. Die Hälfte von ihnen sind schon über 55 Jahre alt. Sie wurden entlassen, weil die bekannte Zürcher Baufirma Walo Bertschinger, die in der Branche alle nur «Walo» nennen, ihre Genfer Filiale schliesst. Nun kämpfen die Männer für einen besseren Sozialplan. Walo bot ihnen nur einen Monatslohn Entschädigung an, obwohl viele von ihnen seit über gar 30 Jahren dabei sind.



GS p. NYO Gen weil hab ans geh. bere hatte kon der 306. wif. All Ac. ten gung. Monu. und er d. 2. be. oder tig p. Im B. ein g. Unis. Allen. lunge. wesse.

WORK 6 / 31. 3. 2017: EIN HEILANDSACK FÜR MEHR AHV Politische Chance

Eine vorbehaltlose und begeisterte Unterstützung für die vom Parlament beschlossene Altersvorsorge 2020 ist für Frauen schwierig. Die Unterfinanzierung der AHV wird zu einem grossen Teil über die Erhöhung des Frauenrentenalters kompensiert. Für ein Ja dazu spricht aber die politische Chance für umfassende Verbesserungen, die auch teilzeitarbeitenden Frauen zugute kommen. Konkret:

- Erstmals seit 40 Jahren wieder eine moderate Rentenerhöhung.
- Das Rentenniveau bei tiefen Einkommen, vor allem bei Frauen, wird angehoben.
- Die Teilzeitarbeit wird in der zweiten Säule besser abgedeckt.
- Gesetzlicher Schutz für Versicherte, die älter als 50 sind.
- Pensionskassen werden verpflichtet, Versicherte, die ab 58 Jahren die Stelle verlieren, bis zum Rentenalter weiter zu versichern.

MARGRIT BLASER, ST. GALLEN

VORWÄRTSMACHEN, SUBITO!

Wenn die Frauen nach dem Willen des Parlaments länger – und damit gleich lang wie die Männer – arbeiten sollen, dann bitte aber auch zum gleichen Lohn wie die Männer. Vorwärtsmachen, subito! Wenn die gesamte Lohnsumme steigt, fliesst über die Lohnprozente nämlich auch mehr Geld in die AHV. Und eine weitere Erhöhung des Rentenalters hat sich erledigt.

PRISKA BOLLIGER, ST. GALLEN

workwort

Masche

Eine Masche links, eine Masche rechts, umeschlaa, dürezie und abelaa. Oder so. Das ist das Kurzrezept, um einen Pullover zu lisen. Was einfach tönt, ist es eben nicht. Denn das mit dem «umeschlaa» ist so wenig selbstredend wie «abelaa». Versuchen wir es mit einer anderen Masche. Es ist Hochzeit, Mädchen und Burschen machen sich schön, die Burschen haben ein Sträusschen im Revers, die Mädchen eine Masche im Haar. Was für ein Anblick!
Oder der Trick als Masche: Dass diese Mädchen nicht einen Trick im Haar tragen, ist klar, weniger, wie sich ein Trick dorthin verirren konnte, wo eine Masche sein soll. Ein Trick kann eben eine billige Maschesein.
Es gibt Maschen und Tricks und Maschen und Maschen. Und darunter eine, die fehlt: jene, die heruntergefallen ist. Wohin? Abe natürlich!
THOMAS ADANK

Ihre Vorschläge zum «workwort» sind gefragt. Herausforderungen an unseren Autor senden Sie bitte an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «workwort».

WORK 7 / 13. 4. 2017: «MONSIEUR WALO SOLL ENDLICH KOMMEN!»

Fragwürdige Prioritäten

Die Prioritäten, die die Führungsriege des Bauunternehmens Walo setzt, finde ich allerdings etwas fragwürdig. Zeit und Geld für Feierlichkeiten zum runden Jubiläum scheinen genügend vorhanden zu sein. Wichtiger wäre es meiner Meinung nach für richtige Patrons allerdings, sich mit mindestens dem gleichen Engagement für die Angestellten einzusetzen. Und damit tut sich Walo Bertschinger offenbar schwer. Monsieur Walo soll nach Genf und das Gespräch mit seinen Angestellten suchen, wie die Bauarbeiter das verlangen. So gehört sich das!

RUTH MESSMER, FLAMATT FR

Was ist ein Büezer? Schwer ernüchtert

Jedes Mal, wenn ich work lese, stösst mir das Wort «Büezer» sauer auf. Früher gab es die Gewerkschaft Textil-Papier-Chemie, deren Mitglieder mehrheitlich aus Fabrikarbeitern bestanden. Im Textilgewerbe tätig sind auch Schneiderinnen und Schneider, die mit Nadel und Faden «büezten». Auch Hausfrauen flickten oder «büezten» Textilien. Das Wort «Büezer» hat im Zusammenhang mit einem Artikel von einer Baustelle nichts zu suchen. Es ist deplaciert und diskriminierend. Ein Bauarbeiter war nie ein Büezer und wird es auch nie sein.

JEANNETTE JOCHUMSEN-LEUENBERGER, LUZERN

work verwendet den Begriff «Büezer» als Synonym für «Arbeiter», wie es im Dialekt üblich ist. Das Wort hat nichts Diskriminierendes. Im Gegenteil: es strahlt Selbstbewusstsein aus. Die Redaktion

Ich bin seit 30 Jahren Gewerkschaftsmitglied und nach der Verabschiedung der Rentenreform im Parlament schlicht und einfach ernüchtert. Wieso soll ich «meine» Gewerkschaft weiterhin finanziell unterstützen, wenn sie den Solidaritätsgedanken gleich zweimal beerdigt – und dies noch gut findet? Die Renten der bereits Pensionierten werden nicht angehoben, und die Frauen müssen bis zum Erreichen des Ruhestands ein Jahr länger arbeiten.
Im Klartext haben die Deutschschweizer Gewerkschaften uns Frauen verraten. Immerhin halten die Welschen dagegen und haben mit linken Parteien, die diese Bezeichnung verdienen, das Referendum ergriffen. Meine Unterschrift und diejenigen meines Arbeits- und Bekanntenkreises bekommen sie.

ANNEMARIE FISCHER, BERN

Wo, was, wer und wann am Tag der Arbeit Raus zum 1. Mai!

KANTON AARGAU

Aarau, Montag, 1. Mai
16.30 Uhr Besammlung auf dem Bahnhofplatz, beim Bushof. Umzug zu den Markthallen (zwischen den Toren). Moderation: Silvia Dell'Aquila (VPOD-Regionalsekretärin Aargau-Solothurn). Ansprachen: Daniel Siegenthaler (Kandidat Stadtpräsidentium, SP Aarau), Irène Kälin (Präsidentin Arbeit Aargau, Grossrätin Grüne) und Leona Klopfenstein (Einwohnerin SP VPOD). Ab 16 Uhr Festwirtschaft bei der Markthalle mit Info- und Marktständen. Darbietungen von Etrit Hasler (Slam Poetry) und Sugar and the Josephines (Swing und Songs).

Baden, Montag, 1. Mai
Ab 12 Uhr auf dem Bahnhofplatz. 14 Uhr Umzug durch die Badener Innenstadt. Begrüssung: Florian Vock (Präsident 1.-Mai-Komitee Baden). Moderation: Karin Bächli

sches aus der Kulturbeizküche. Musik von Patrick Grob.

Zofingen, Montag, 1. Mai
Ab 16 Uhr in der Markthalle. Moderation: Viviane Hösli (Geschäftsführerin Arbeit Aargau). Ansprachen: Florian Vock (Vizepräsident AGB), Yvonne Feri (Nationalrätin SP) und Rahela Syed (Grossrätin, Stadträtin SP). Festwirtschaft, Risotto, Feines vom Grill, Infostände und Musik.

KANTON BASEL-LANDSCHAFT

Liestal, Montag, 1. Mai
Ab 13 Uhr auf dem Zeughausplatz. Demonstration vom Bahnhof via Postgasse, Wasserturmplatz, Zeughausplatz. Ansprachen: Cédric Wermuth (Nationalrat SP), Lukas Ott (Stadtpräsident Liestal, Grüne), Andreas Giger-Schmid (Präsident GBBL) und Ronja Jansen (Co-Präsidentin SP BL). Festwirtschaft mit der Band Brass Attack.

KANTON BASEL-STADT

Basel, Montag, 1. Mai
10 Uhr Besammlung auf dem Messeplatz. 10.30 Uhr Demonstration via Claragraben, Wettsteinbrücke, Steinenberg zum Barfüsserplatz. Ansprachen: Toya Krummenacher (Präsidentin BGB, Grossrätin SP, Regionalsekretärin VPOD), Heiner Flassbeck (deutscher Wirtschaftswissenschaftler), Stefan Giger (VPOD-Generalsekretär), Sibel Arslan



Heiner Flassbeck, Ökonom.

(Nationalrätin BastA!). 12 bis 19 Uhr Festbetrieb auf dem Barfüsserplatz. Unterhaltung: 12.15 Uhr Guy Krneta, 13 Uhr Tommy Vercetti, 14.15 Uhr Ivan Ergi, 15.15 Uhr Basler Beizenchor, 16.30 Uhr Mer Ayang.

KANTON BERN

Bern, Montag, 1. Mai
11 Uhr Besammlung in der Kramgasse. 11.30 Uhr Umzug zum Bundesplatz. Ansprachen: Béatrice Stucki (Regionalsekretärin VPOD, Grossrätin SP, Präsidentin Gewerkschaftsbund Stadt Bern und Umgebung), Vania Alleva (Präsidentin Unia), Evi Allemann (Nationalrätin SP), Natalie Imboden (Grossrätin Grüne), Tamara Funicello (Präsidentin Juso Schweiz) und Ömer Resitoglu (Migrationsvertreter). Zum Abschluss singen Linggi Schnurre die Internationale. Ab 12.50 Uhr Risotto (mit Maibändel



Vania Alleva, Unia.

gratis), Verpflegungsstände. 14.15 Uhr Veranstaltung der Jugendorganisationen im Zelt zum Thema «Antwort auf Rassismus – Klassenkampf». Diskussion mit Tommy Vercetti und dem Kollektiv Überzeit. Konzerte von Beat Moustache und Those Capones. Ab 18 Uhr Ausklang im Kulturlokal Ono mit Jukebox und Linggi Schnurre. 19 Uhr Magic Five im Restaurant Volkshaus 1914. Ab 10 Uhr Lenincup (traditionelles Fussballturnier) auf der Allmend.

Biel, Montag, 1. Mai

Ab 12 Uhr Barbetrieb auf dem Zentralplatz (bei schlechtem Wetter auf Vorplatz Kongresshaus). 17 Uhr Besammlung auf dem Bahnhofplatz. Demonstration zum Zentralplatz. 17.15 Uhr Abmarsch. Begrüssung: Daniel Hügli (Präsident Gewerkschaftsbund Biel-Lyss-Seeland, Grossrat SP). Ansprachen: Sibel Arslan (Nationalrätin BastA!), Tamara Funicello (Präsidentin Juso Schweiz), Judith Schmid (Vorstandsmitglied Stand up for Refugees, PdA-Stadt-



Teresa Matteo, Unia.

rätin) und Teresa Matteo (nationale Branchenleiterin Unia). 18.30 Uhr Vergabe Unia-Preis «Arbeit und Solidarität». Ab 19 Uhr Barbetrieb und Konzert mit Studeyeah, BNC.

Burgdorf, Montag, 1. Mai
17.30 Uhr auf der Brüder-Schnell-Terrasse (bei schlechtem Wetter unter den Marktlauben). Ansprachen von: Anette Vogt (Stadträtin SP), Daniel Lampart (Chefökonom SGB). Ab 16.30 Uhr Festwirtschaft mit der Harmoniemusik Burgdorf und Chèvre Chö.

Interlaken, Montag, 1. Mai
Ab 17 Uhr in der Aula der Sekundarschule. Moderation: Sabina Stör (Gemeinderätin SP). Ansprachen: Alain Berset (Bundesrat SP), Christoph Ammann (SP-Regierungsrat Kanton Bern), Urs Graf (SP-Grossrat und Gemeindepräsident Interlaken). Bis 20.30 Uhr Festbetrieb mit der Band Tächa und einer albanischen Tanzgruppe.

Langenthal, Montag, 1. Mai
Ab 17 Uhr 1.-Mai-Feier mit Musik und Festwirtschaft in der Markthalle. Ansprachen: Sofia Fisch (Juso Langenthal), Manuel Wyss (Unia Sektor Industrie).

Münchenbuchsee, Montag, 1. Mai
Ab 18 Uhr, Aula PauKlee-Schulhaus. Ansprache: Alexander Tschäppät (ehemaliger Stadtpräsident Bern). Ab 18.30 Uhr Grilladen und Salate.

Oberbipp, Montag, 1. Mai
Ab 16.30 Uhr Festbetrieb in der Waldhütte Längwald. Ansprache: Christoph Ammann (SP-Regierungsrat Kanton Bern).

Thun, Montag, 1. Mai
Ab 14 Uhr auf dem Rathausplatz. Begrüssung: Alice Kropf (Präsidentin 1.-Mai-Komitee, Stadträtin SP). Moderation: Roman Gugger (Stadtrat Grüne, SEV-Gewerkschaftssekretär). Ansprachen: Jacqueline Badran (Nationalrätin SP Zürich), Vania Alleva (Präsidentin Unia), Hasim Sançar (Grossrat, Grüne) und Severin Zeller (Juso Thun Berner Oberland). 17.30 Uhr 1.-Mai-Demo. Ab 22.30 Uhr Chill-out im «Mundwerk». Festwirtschaft mit Vegi-Menu, Bratwurststand, Crêpes, Tombola. Spielgeräte für Kinder.

KANTON GRAUBÜNDEN

Chur, Montag, 1. Mai
Ab 17 Uhr auf dem Theaterplatz. Ansprache: Cédric Wermuth (Nationalrat SP). Kurzreden: Juso, Kurdischer Kultur- und Solidaritätsverein Chur, Verein für Asylsuchende. Slam Poetry von Renato Kaiser. Festbetrieb bis 20 Uhr.

KANTON LUZERN

Luzern, Montag, 1. Mai
Ab 11 Uhr auf dem Kapellplatz. Ansprache: Regula Bühlmann

(Zentralsekretärin SGB). 17 Uhr Demonstration zum Zentralplatz (bei schlechtem Wetter auf Vorplatz Kongresshaus). Bis 22 Uhr Festbetrieb mit Politik, Kultur, Speis und Trank für alle in Luzerns Altstadt.

KANTON SANKT GALLEN

Grabs, Montag, 1. Mai
Ab 16.30 Uhr Stand an der Staatsstrasse. Gespräche mit Passantinnen und Passanten. Apéro und Häppchen bis 18.30 Uhr. Mit Hildegard Fässler (frühere Nationalrätin SP).

Rapperswil, Montag, 1. Mai
Ab 11 Uhr, Fischmarktplatz. 15 Uhr Ansprache: Claudia Friedl (Nationalrätin SP). Festbetrieb bis 17 Uhr.

Rorschach, Montag, 1. Mai
Ab 19 Uhr Apéro in der Café-Bar Treppenhaus. 19.30 Uhr Ansprache: Viviane Schindler (Juso Kanton St. Gallen). 20.15 Uhr Nachtessen.

St. Gallen, Montag, 1. Mai
17 Uhr Besammlung im St.-Leonhards-Park, Demonstration zum Marktplatz. Moderation: Barbara Gysi (Präsidentin Gewerkschaftsbund Kanton St. Gallen, Nationalrätin). Ansprachen: Corrado Pardini (Unia-Geschäftsleitung, Nationalrat SP), Bettina Surber (Kantonsrätin SP) und Riccard Nef (Unia-Jugend). Festbetrieb in der Marktgasse mit kulinarischen Höhenflügen und Arbeiterliedern.

St. Gallen, Dienstag, 2. Mai
20.15 Uhr Veranstaltung im «Palace» «Freihandel: Welche Antwort der Linken?». Moderation: Maria Huber (VPOD-Regionalsekretärin). Referate: Willi Eberle (Antikapitalistische Linke), Ursula Graf (Vizepräsidentin SP Kanton St. Gallen) und Werner Rüdüsühli (Metallbauer).

Wil, Montag, 1. Mai
Ab 18.30 Uhr Restaurant Hof zu Wil. Ansprachen: Min Li Marti (Nationalrätin SP) und Andrea Scheck (Juso). Festbetrieb mit Darbietung von Bettina Scheiflinger (Autorin) und mit Musik von Schärer-Bommer.

KANTON SCHAFFHAUSEN

Schaffhausen, Montag, 1. Mai
11 Uhr Besammlung in der Vorstadt. 11.30 Uhr Demonstration zum Fronwagplatz. Ansprachen: Barbara Gysi (Nationalrätin SP), Carlo Mathieu (Gewerkschaftssekretär Syna) und Linda de Ventura (Kantonsrätin AL). 12 bis 16 Uhr Festbetrieb mit Musik.

KANTON SCHWYZ

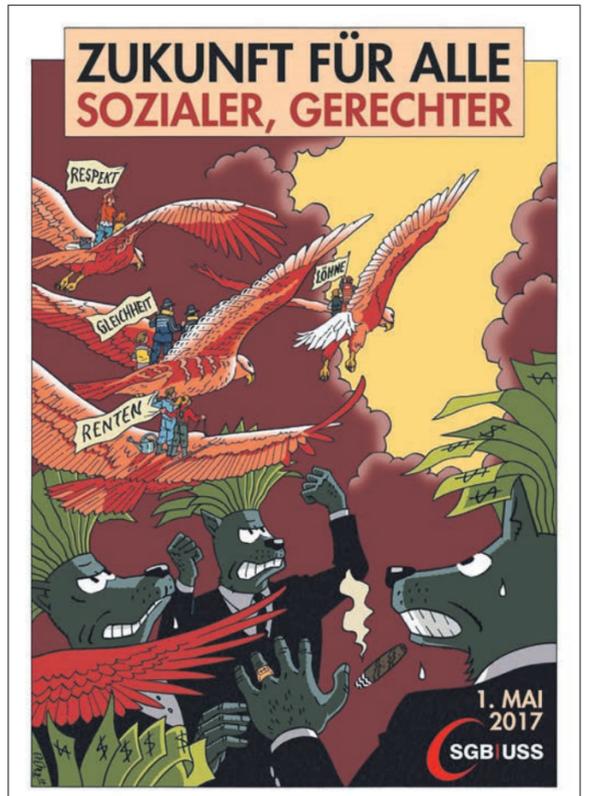
Goldau, Montag, 1. Mai
Ab 18 Uhr im «La Piazza» beim Bahnhof Goldau. Ansprache: Dimitri Moretti (SP-Regierungsrat). Bis 24 Uhr Festbetrieb mit Peter Fässler (Akkordeon).

KANTON SOLOTHURN

Balsthal, Montag, 1. Mai
Ab 14.30 Uhr im Bürgerhaus. Ansprache: Fabian Müller (SP-Kantons- und Gemeinderat). Festwirtschaft mit Produkten aus dem Claro-Laden und Musik.

Grenchen, Montag, 1. Mai
Besammlung 16.30 Uhr beim Bahnhof Grenchen Süd. Demonstration zum Marktplatz. Ansprachen: Susanne Schaffner (neugewählte SP-Regierungspräsidentin) und Ivano Marraffino (Leiter Unia-Sektion Kanton Solothurn). Festbetrieb von 17 bis 20 Uhr auf dem Marktplatz (bei schlechtem Wetter in der alten Turnhalle). Musik mit der Jabahe-Band.

Olten, Montag, 1. Mai
13.30 Uhr Besammlung auf dem Bifangplatz. 14 Uhr Demonstration zum Kulturzentrum Schützi. Moderation: Edwin Loncar (1.-Mai-Festkomitee). Ansprachen: Sandra



AUF UND DAVON: Das 1.-Mai-Plakat gestaltete der Genfer Grafiker Emmanuel «Exem» Excoffier. Auf Adlerschwingen befreien sich Löhne und Renten aus dem zähnefletschenden Raubtierkapitalismus.

Vögeli (Zentralsekretärin Syndicom Jugend) und Urs Huber (SEV-Sekretär und Kantonsratspräsident). Fest bis 22 Uhr mit italienischer Küche, Sangria, Bar, Tombola und Robinsonspielplatz. Musik von Tobias Waldmann & Friends.

Solothurn, Montag, 1. Mai
15 Uhr Besammlung beim Gewerbeschulhaus. Demonstration zum Fischergasse (zwischen «Kreuz» und «Jug»). Ansprachen: Franziska Roth (Präsidentin SP Kanton Solothurn), Markus Baumann (Präsident Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn). Solifest mit Speis und Trank, internationale Essstände, Darbietung einer kurdischen Tanzgruppe und Rap/Hip-Hop mit Doppia Erre. Ab 21 bis 2 Uhr traditionelle 1.-Mai-Benefizdisco im «Kreuz»-Saal.

KANTON THURGAU

Amriswil, Montag, 1. Mai
Ab 10 Uhr im Kulturforum Amriswil. Ansprachen: Nina Schläfli (SP-Präsidentin), Markus Mendelin (Schulpräsident Amriswil-Hefenhofen-Sommeri), Stefan Brülisauer (Sektionsleiter Unia Thurgau), Etrit Hasler (Kantonsrat St. Gallen, Slampoet), Edith Graf-Litscher (Nationalrätin SP). Musikalische Eröffnung durch die Bigband der Jugendmusikschule Amriswil. Bis 14 Uhr Festwirtschaft mit Chick'n'Pick, Merks Röstischmaus, Kuchenbuffet.

KANTON URI

Aldorf, Montag, 1. Mai
18.30 Uhr, Zeughaus. Ansprachen: Prisca Birrer-Heimo (Nationalrätin SP), Janine Wicki (Transfair, Stadträtin), Matthias Kuert (Leiter Sozialpolitik Travail Suisse) und René Rölthlisberger (Präsident Wirtschaft Uri). Festwirtschaft bis 22 Uhr.

KANTON WALLIS

Brig, Montag, 1. Mai
Ab 19 Uhr im Bahnhofbuffet. 1.-Mai-Fest mit Reden und musikalischer Unterhaltung.

KANTON ZUG

Zug, Montag, 1. Mai
Ab 17 Uhr auf dem Landsgemeindeplatz. Ansprachen: Doris Bianchi (SGB), Fabian Freimann (SP-Kantonsrat) und Astrid Estermann (ALG). Festbetrieb mit Infostand.

KANTON ZÜRICH

Äffoltern am Albis, Montag, 1. Mai
Ab 17 Uhr im «Roots». Ansprache: Daniel Frei (SP-Kantonsrat).

Bülach, Montag, 1. Mai
Ab 10.30 Uhr im «Guss 39». Moderation: Peter Fehr (1.-Mai-Komitee). Ansprachen: Tamara Funicello (Präsidentin Juso Schweiz), Angelo Barrile (Nationalrat SP) und Katharina Prelicz-Huber (Präsidentin VPOD Schweiz). Festwirtschaft mit Musik von Flavia Zucca.

Dietikon, Montag, 1. Mai
Ab 14 Uhr auf dem Kirchplatz. Ansprache: Angelo Barrile (Nationalrat SP).

Langnau am Albis, Montag, 1. Mai
Ab 14 Uhr im Schwyzsaal. Ansprachen: Andreas Daurü (Kantonsrat SP) und Stefan Giger (Generalsekretär VPOD).

Meilen, Montag, 1. Mai
Ab 14 Uhr im Restaurant Löwen. Ansprachen: Mario Fehr (Regierungsrat SP) und Thomas Forrer (Kantonsrat Grüne).

Uster, Montag, 1. Mai
Ab 10.30 Uhr in der Landihalle. Ansprache: Mario Fehr (Regierungsrat SP).

Winterthur, Montag, 1. Mai
11 Uhr Besammlung auf dem Neumarkt. Umzug durch die Altstadt zur Mehrzweckhalle Teuchelweiher (Reithalle). Ansprachen: Andreas Daurü (Kantonsrat SP VPOD), Regula Rytz (Nationalrätin, Präsidentin Grüne), Barbara Gysi (Nationalrätin SP) und Etrit Hasler (Slampoet, Kantonsrat SP). 14.00 bis 19.00 Uhr Maifest in der Reithalle. Konzerte mit William Wormser und Götz Widmann.

Zürich, Samstag, 29. April, bis Montag, 1. Mai
Grosses Polit-Fest auf dem Kasernenareal. Weitere Informationen: www.1mai.ch

Zürich, Montag, 1. Mai
10.30 Uhr Besammlung auf dem Helvetiaplatz. Demonstration zum Sechseläutenplatz. 12 Uhr Kundgebung. Ansprachen: Pierre-Yves Maillard (Gesundheitsdirektor Waadt) und Mithat Sançar (HDP-Abgeordneter im türkischen Parlament). Musik von Baby Jail und Bastler & Grautier.



Baby Jail.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr.36.- im Jahr jeden 2. Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianeegg@workzeitung.ch; Oliver Fahrni, oliverfahrni@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinereber@workzeitung.ch; Christina Scheidegger (stv. Chefredaktorin, Produktion), christinascheidegger@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Thomas Adank, Sina Bühler, Daniel Lampart, Michael Stötzl, Clemens Studer **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Tom Hänzel **Korrektur** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo-Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Cebeco GmbH, Webereistrasse 66, 8134 Adliswil, Telefon 044 710 19 91, 044 709 19 20, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.-, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.- **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. **Übrige Abonnenten:** Mo-Fr 9-11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 92 906 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.